

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ottmar von Holtz, Claudia Roth (Augsburg), Uwe Kekeritz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/6049 –**

Zwischenbilanz der Umsetzung des zweiten Gender Aktionsplans des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Vorbemerkung der Fragesteller

Im Februar 2016 hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seinen zweiten Gender Aktionsplan (kurz GAP II) vorgelegt. Laut BMZ zeigt „der zweite entwicklungspolitische Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter 2016 – 2020 des BMZ die Schwerpunktsetzungen und konkreten Maßnahmen auf, mit denen die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) den dreigleisigen Ansatz aus Gender Mainstreaming, Empowerment und Politikdialog in der politischen Steuerung sowie in Programmen und Projekten umsetzen wird“ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Entwicklungspolitischer Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter 2016 – 2020. S. 5; www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier361_02_2016.pdf). Der GAP II ist für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMZ und der deutschen entwicklungspolitischen Durchführungsorganisationen verbindlich. Im Sinne der gemeinsamen Verantwortung aller Akteure, die auch ein Grundprinzip der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ist, dient der Aktionsplan als Orientierung und Kooperationsangebot für die Partnerinnen und Partner des BMZ, insbesondere für Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen, private Träger, wissenschaftliche Forschungseinrichtungen sowie die Privatwirtschaft.

Laut BMZ setzen jährliche Road Maps den GAP II um. Die Maßnahmen der Road Maps sollen über die fünfjährige Laufzeit des GAP II kumulativ dazu beitragen, dessen Ziele insgesamt zu erreichen.

Generell ist es aus Sicht der Fragesteller begrüßenswert, dass sich das BMZ stärker mit dem Thema Frauen und Mädchen in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auseinandersetzt und den Aktionsplan zur Thematik fortentwickelt. Frauen sind noch immer im globalen Vergleich signifikant häufiger von extremer Armut betroffen als Männer und werden unter anderem beim Zugang zu Wasser, Gesundheit, Bildung und Krediten diskriminiert. Auch sind Frauen und Mädchen in hohem Maße von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen. Dies stellt auf individueller und gesamtgesellschaftlicher Ebene ein

erhebliches Entwicklungshemmnis sowie eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit dar. Eine Ausrichtung der EZ anhand von Gender-Aspekten kann nach Ansicht der Fragesteller vielfältige Mehrwerte erzeugen. Sie kann einerseits die Erfüllung des Menschenrechts auf Gleichstellung aller Geschlechter in Gesellschaften befördern, was ein zentraler Baustein für soziale Gerechtigkeit und Demokratie ist. Zudem trägt die Förderung von Frauen und Mädchen zur positiven Entwicklung von Gesellschaften bei und fördert die Verankerung nachhaltigen Friedens.

Das BMZ blieb bislang mit seinen Zielsetzungen zur Stärkung von Frauen und Mädchen hinter den Erwartungen von Fachexpertinnen und Fachexperten sowie Nichtregierungsorganisationen zurück (http://venro.org/uploads/tx_igpublikationen/VENRO-Stellungnahme_Geschlechtergerechtigkeit_im_Schneckentempo.pdf). Der größte Kritikpunkt am GAP II ist, dass es das BMZ versäumt habe, konkrete Indikatoren zur Messung der Fortschritte aufzustellen, wodurch das Ziel der nachvollziehbaren Messbarkeit nur unerfüllt bleiben kann. Ferner fehlt es den jährlich erstellten Road Maps zur Umsetzung nach Auffassung der Fragesteller leider an Ambitionsniveau, um die Ziele des Gender Aktionsplans tatsächlich zu erreichen. Darüber hinaus liefern sie durch die wechselnden Projektvorstellungen und mitunter fehlende Handlungsfelder keine ausreichende Grundlage für ein objektives Monitoring. Es bleibt somit zu befürchten, dass der GAP II und damit auch die gesamten genderpolitischen Ambitionen des BMZ zahnlos bleiben.

Umsetzung GAP II

1. a) Welche im GAP II formulierten strategischen Ziele wurden bislang von der Bundesregierung erreicht?

Die Antworten zu den Fragen 1a und 1b beziehen sich auf die Road Maps 2016 und 2017. Der Umsetzungsbericht der Road Map 2018 wird voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2019 fertiggestellt. Die Maßnahmen in den Road Maps sind keine umfassende Darstellung des Engagements der Bundesregierung zur Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter und von Frauenrechten, sondern sie bilden dieses jeweils exemplarisch in dem jeweiligen Jahr ab.

In den Jahren 2016 bis 2017 wurden für alle strategischen Ziele des Gender-Aktionsplans (GAP II) Maßnahmen umgesetzt. Große Fortschritte gab es im Schwerpunkt 1 (Zugang zu Recht und Gerichtsbarkeit) und dort zu den strategischen Zielen 1.1 (Zugang zu Recht und Gerichtsbarkeit für Frauen und Mädchen stärken) und 1.2. (Politische Teilhabe, Mitbestimmung und Repräsentation von Frauen fördern, auch durch Förderung staatlicher Pflichtenträger, politische Teilhabe von Frauen zu gewährleisten, Partizipationsprozesse inklusiv zu gestalten und Teilhaberechte rechtlich und institutionell zu verankern). Auch im Ziel 6.1 (Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Wirtschafts- und Erwerbsleben durch Politikdialog stärken, im Einklang mit ILO-Kernarbeitsnormen) gab es in diesem Zeitraum signifikante Fortschritte in der Zielerreichung. Erste Fortschritte gab es im Schwerpunkt Energie, der 2017 neu eingeführt wurde. Es ist zu erwarten, dass bis zum Ende der Laufzeit des GAP II in 2020 alle strategischen Ziele umgesetzt werden.

- b) Welche im GAP II formulierten strategischen Ziele wurden von der Bundesregierung noch nicht erreicht?

In den Jahren 2016 bis 2017 gab es für alle strategischen Ziele Maßnahmen, die zu deren Umsetzung beitragen. Erst kleinere Fortschritte gab es hinsichtlich der Zielerreichung der Ziele 3.4 (Gute Ansätze der deutschen Entwicklungspolitik

zur Überwindung geschlechtsspezifischer Gewalt, weiblicher Genitalverstümmelung und anderer schädlicher traditioneller Praktiken verbreiten und in der bilateralen Zusammenarbeit in Partnerländern mit hoher Prävalenz verankern), 5.4 (Umfassende Sexualerziehung in Curricula verankern, inkl. wertschätzender Information über unterschiedliche sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten), 6.4 (In globalen Lieferketten geschlechtergerechte sowie sozial und ökologisch nachhaltige Ausgestaltung fördern), und 8.2 (Maßnahmen zur Verbesserung der Sanitärversorgung in Bildungseinrichtungen unterstützen). Ebenfalls erst kleinere Fortschritte gab es im Schwerpunkt Energie, da er 2017 neu eingeführt wurde.

2. a) In welchem der elf vom BMZ in der Road Map 2018 (www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier445_04_2018.pdf) definierten Schwerpunkte sind nach Meinung der Bundesregierung am meisten Fortschritte erzielt worden?

Worin liegen nach Meinung der Bundesregierung die Gründe hierfür?

Die Road Map 2018 befindet sich momentan in der Umsetzung. Der Umsetzungsbericht ist noch nicht abgeschlossen und wird für die zweite Jahreshälfte 2019 erwartet. Bis dahin sind keine Aussagen über die Fortschritte der Umsetzung möglich.

- b) In welchem der elf vom BMZ definierten Schwerpunkte sind nach Meinung der Bundesregierung am wenigsten Fortschritte erzielt worden?

Worin liegen nach Meinung der Bundesregierung die Gründe hierfür?

Auf die Antwort zu Frage 2a wird verwiesen.

- c) Wie viele finanzielle Mittel werden für die einzelnen Schwerpunkte von der Bundesregierung aufgewandt (Antwort bitte nach Schwerpunkten aufschlüsseln)?

Der GAP II ist nicht mit finanziellen Mitteln hinterlegt. Er dient vielmehr dem Mainstreaming des Themas Gleichberechtigung der Geschlechter und Frauenrechte in den einzelnen Fachbereichen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

3. Weshalb hat sich die Bundesregierung entschieden, in den jährlich veröffentlichten Road Maps jeweils überwiegend zuvor in Road Maps nicht vorgestellte Projekte zu beschreiben?

Auf die Antwort zu Frage 1a wird verwiesen.

Ziel der Road Maps ist es, das vielfältige Engagement der Bundesregierung zu präsentieren und neue Ansätze hervorzuheben. Die Maßnahmen, die über den Umsetzungszeitraum einer Road Map hinausgehen, werden weiter umgesetzt und fließen in die Zielerreichung des GAP II – über den gesamten Zeitraum ihrer Umsetzung – ein.

4. Gibt es eine öffentlich zugängliche Übersicht über den Durchführungsstand von Projekten, die nicht in den Road Maps vorgestellt werden?

Wenn ja, wie ist diese zugänglich?

Im Rahmen der deutschen Technischen Zusammenarbeit (TZ) werden zu allen laufenden Vorhaben detaillierte Projektdaten sowie Projektdarstellungen veröffentlicht. In der GIZ-Projektdatenbank finden sich Daten zu den Projekten und Programmen sowie Informationen zu den laufenden Vorhaben in den Partnerländern und Regionen (www.giz.de/de/weltweit/24772.html).

Im Rahmen der deutschen Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) berichtet die KfW-Entwicklungsbank regelmäßig öffentlich zugänglich über neu vereinbarte Vorhaben. Die nachfolgend genannte Projektdatenbank enthält Informationen zu allen Vorhaben, die seit Januar 2013 vertraglich vereinbart wurden. Darüber hinaus findet sich darin eine Vielzahl laufender aktualisierter Projektbeispiele, die auch Einblick in Projekte geben, die nicht in der Road Map verankert sind (www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Projekte/).

Öffentlich zugänglich sind auch Auswertungen der unabhängigen KfW-Evaluierungsabteilung. Die Ex-post-Evaluierung erfolgt etwa drei bis fünf Jahre nach Abschluss der Vorhaben. In der Evaluierung wird der gesamte Projektzyklus, von der Planung über die Durchführung bis hin zu den Betriebserfahrungen, mit Blick auf die erzielten Wirkungen noch einmal geprüft. Hierbei werden auch Aspekte der Gleichberechtigung der Geschlechter analysiert, sofern sie in der Zielsetzung des Vorhabens verankert waren (www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Evaluierungen/Ergebnisse/).

5. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass das BMZ und die Durchführungsorganisationen gendersensibel arbeiten?

Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist explizites Ziel sowie Gestaltungsprinzip und Qualitätsmerkmal der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Dazu hat sich das BMZ einem menschenrechtsbasierten Ansatz verpflichtet. Das übersektorale „Konzept zur Gleichberechtigung der Geschlechter in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ (2014) (www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier341_02_2014.pdf) ist eine verbindliche Vorgabe für die Gestaltung der deutschen EZ durch das BMZ und die Durchführungsorganisationen und legt die Grundlagen für das Engagement fest. Kern ist ein dreigleisiger Ansatz aus (1) Gender Mainstreaming, (2) Maßnahmen zur Stärkung von Frauenrechten und zur Beseitigung geschlechtsspezifischer Diskriminierung (Empowerment) und der (3) Verankerung der Themen im entwicklungspolitischen Politikdialog. Der „Entwicklungspolitische Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter 2016 bis 2020, (GAP II)“, (www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier361_02_2016.pdf) legt konkrete Schritte zur Umsetzung des Gleichberechtigungskonzepts fest. Die Umsetzung des GAP II erfolgt durch die verschiedenen Einheiten im BMZ sowie die Durchführungsorganisationen und die Zivilgesellschaft.

6. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass das Personal des BMZ und der Durchführungsorganisationen gendersensibel geschult werden?

Die Stärkung sektoraler und übersektoraler Genderkompetenz auf allen Ebenen ist zentrales Instrument in der Umsetzung des Gender-Ansatzes des BMZ und ist im „Entwicklungspolitischen Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter 2016 bis 2020 (GAP II)“ verankert.

Das BMZ bildet seine neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer umfangreichen Einführungsfortbildung aus, die auch Gendersensibilität im Fokus hat. Ferner finden kontinuierlich weitere spezielle Fortbildungen zur Geschlechtergleichheit statt.

Die GIZ stellt die gendersensible Schulung aller Mitarbeitenden über individuelle Beratung, Fortbildungen, Arbeitshilfen und Fachgespräche sicher. Für alle neuen Mitarbeitenden gibt es eine verpflichtende Fortbildungseinheit zur Agenda 2030 und dem Safeguard und Gender Management System.

Die KfW-Entwicklungsbank stellt für alle neuen Mitarbeitenden im Rahmen einer verpflichtenden Fortbildungseinheit zu Menschenrechten und Gleichberechtigung der Geschlechter sowie zur Zielgruppen- und Betroffenenanalyse eine gendersensible Schulung sicher.

7. Hat sich nach Einschätzung der Bundesregierung die Einführung des Safeguards + Gender Systems bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH bewährt?

Wenn ja, inwiefern?

Die GIZ hat im Dezember 2016 das Safeguards + Gender Managementsystem eingeführt. Es beruht auf dem Leitprinzip der nachhaltigen Entwicklung und dient dazu, durch eine systematische Prüfung geplanter Vorhaben mögliche nicht intendierte negative Wirkungen sowie Potenziale zur Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter frühzeitig zu erkennen und während des Projektzyklus zu adressieren. Das Safeguards + Gender Managementsystem hat sich bewährt, da es dazu beiträgt, bestehende Standards noch besser und systematischer einzuhalten. Zu diesen gehören insbesondere die Vorgaben des übersektoralen „Konzepts zur Gleichberechtigung der Geschlechter in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ und des GAP II für eine durchgängige Berücksichtigung des Themas Gleichberechtigung der Geschlechter in Projekten und Programmen auf der Basis von verbindlichen Genderanalysen.

8. Wie erreicht die Bundesregierung, dass der gesamte Zyklus eines Projektes einer Durchführungsorganisation gendersensibel ist?

In der Planungsphase muss verpflichtend für alle Projekte eine Genderanalyse erstellt werden, die sowohl für die Planung als auch die Projektimplementierung genutzt wird. Projekte mit den Kennungen GG1 und GG2 haben Indikatoren, durch die Wirkungen zur Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter erfasst werden. Weiterhin wird über die regelmäßige Berichterstattung an die Bundesregierung sowie durch die finalen Projektevaluierungen sichergestellt, dass der gesamte Projektzyklus gendersensibel gestaltet ist.

Bei der KfW wird durch die verpflichtende Genderanalyse sowie verpflichtende Vorabanalysen zu Zielgruppen und Betroffenen (für zielgruppennahe Vorhaben), der Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung (USVP), sowie Konfliktanalysen

(PCA) in fragilen Kontexten in der Vorbereitungsphase der Vorhaben bereits sichergestellt, dass das Umfeld des Vorhabens auf mögliche Diskriminierungsformen hin analysiert wird und der Anspruch des do no harm-Prinzips gewahrt werden kann. Diese Analysen haben darüber hinaus das Ziel, dass der gesamte Projektzyklus gendersensibel gestaltet werden kann und Potentiale erkannt und ausgeschöpft werden können.

In der GIZ wird die gendersensible Gestaltung der Projekte durch das safeguard + gender System sichergestellt, vgl. auch Antwort zu Frage 7.

9. a) Inwiefern berücksichtigt die Bundesregierung Trans-, Inter- und nichtbinäre Menschen in ihrer Gender-Perspektive?
- b) Wie werden die Rechte von LSBTTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle) durch den Gender Aktionsplan unterstützt?

Die Fragen 9a und 9b werden gemeinsam beantwortet.

Sowohl das BMZ-Strategiepapier „Gleichberechtigung der Geschlechter in der deutschen Entwicklungspolitik“ als auch der „Entwicklungspolitische Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter 2016 bis 2020 (GAP II)“ verweisen auf die besonderen Bedürfnisse von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Transsexuellen und Intergeschlechtlichen (LSBTTI) Personen.

Im GAP II ist berücksichtigt, dass LSBTTI-Personen in besonderer Weise Gewalt ausgesetzt sind und damit spezifische Bedarfe entstehen. So formuliert der GAP II das Ziel, bis 2020 umfassende Sexualerziehung in Curricula zu verankern und Informationen über unterschiedliche sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten zu inkludieren. Um geschlechtsspezifische Diskriminierungen und Benachteiligungen zu überwinden, müssen Frauen und Männer sowie Menschen jedweder sexuellen Orientierung und geschlechtlicher Identität zusammenwirken.

- c) Wie viele Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit haben die Rechte und Unterstützung von LSBTTI als Ziel und Indikator (bitte nach Projekten, Partnerländern und Laufzeit aufschlüsseln)?

Die nachfolgenden Vorhaben der bilateralen TZ und solcher privater Träger leisten konkrete Beiträge zur Unterstützung von LSBTTI und zur Stärkung ihrer Rechte. Da die Maßnahmen solcher Vorhaben neben LSBTTI auch anderen von Benachteiligung betroffenen Zielgruppen zugutekommen, sind LSBTTI in den Zielformulierungen und Indikatoren dieser Vorhaben nicht separat erwähnt.

Aktivitäten zur Stärkung der Rechte von LSBTTI werden statistisch nicht separat erfasst, so dass die folgende Auflistung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. TZ-Vorhaben:

Land	Projektschwerpunkt	Projektlaufzeit	Bezug zu LSBTI
Republik Uganda	Stärkung der Menschenrechte	2014 – 2016	Unterstützung ugandischer zivilgesellschaftlicher Organisationen, darunter auch Organisationen, die zu den Rechten von LSBTI arbeiten
	Stärkung von Regierungsführung und Zivilgesellschaft in Uganda	2017 – 2019	
Karibik (Regionalvorhaben)	Regionales Gesundheitsvorhaben in der Karibik	2009 – 2015	Berücksichtigung von LSBTI als besonders gefährdete Zielgruppen, u. a. über Kooperation mit einem regionalen zivilgesellschaftlichen Netzwerk
Afrika (regionale Maßnahme)	Maßnahme zum Abbau von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität	2014 – 2016	Unterstützung von LSBTI-Organisationen in afrikanischen Ländern, z. B. Netzwerkbildung, Fortbildungen
Republik Südafrika	Multisektorale Prävention von Infektionskrankheiten	2018 – 2020	Förderung der Berücksichtigung der Rechte von LSBTI u. a. in Lehrerfortbildungen, in <i>Peer Education</i> Programmen und in der Schulgesundheitspolitik
Ukraine	HIV/AIDS-Beratung und Institutionenförderung	2007 – 2018 (abgeschlossen)	Unterstützung einer Organisation von Eltern von LSBTI und einer LSBTI-Organisation
Globalvorhaben	Deutsche BACKUP Initiative	2012 – 2020	In allen Handlungsfeldern Stärkung der Einbindung zivilgesellschaftlicher Positionen, insbes. von vulnerablen Bevölkerungsgruppen (darunter LSBTI); Einzelmaßnahmen des Vorhabens haben in der Vergangenheit mehrere LSBTI-Selbstvertretungsorganisationen in verschiedenen Ländern gefördert
Lateinamerika (Regionalvorhaben)	Vorhaben zur Stärkung der Mitglieder durch den Iberoamerikanischen Verband der Ombudspersonen (FIO)	2015 – 2018	Stärkung der Fähigkeiten der Ombudsbehörden in Lateinamerika zum Schutz der Rechte von LSBTI

Vorhaben privater Träger:

Land	Projekt	Jahr	Träger
Afrika südlich der Sahara (nur EL)	Stärkung der zivilgesellschaftlichen Handlungsfähigkeit und regionalen Allianzen für Advocacy für Menschenrechte	2013	Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) e. V.
Namibia	Stärkung und Unterstützung der Menschenrechte junger lesbischer Frauen	2015	Solidaritätsdienst-International e. V.
Republik Südafrika	Menschenrechte im südlichen Afrika durch Stärkung von NGO-Aktivistinnen voranbringen, mit dem Fokus Frauenrechte und LGBTI-Rechte	2018	Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) e. V.
Costa Rica	Stärkung von Initiativen zum Schutz der Menschenrechte von Homo-, Bi-, Trans-, und Intersexuellen	2013	Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e. V.
Südafrika	Mainstreaming von HIV und AIDS, TBC, Gender	2014	Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e. V.
Kambodscha	Integration von Menschen, die mit HIV und AIDS leben, Zugang zu Bildung und Entwicklung	2015	Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e. V.
China	Gemeindeentwicklung und HIV/AIDS-Prävention Menglian	2015	Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e. V.
Bolivien	Verbesserung der Leistungen im Gesundheitssektor	2015	Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e. V.
Brasilien	Förderung der Menschenrechte und der HIV/AIDS-Prävention im Nordosten	2015	Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e. V.
Costa Rica	Förderung gesellschaftlicher Akzeptanz im Umgang mit Vielfalt sexueller Orientierungen	2016	Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e. V.
Afrika überreg.	Überkonfessionelle Arbeit gegen Stigma und Diskriminierung in Bezug sexuelle Diversität	2016	Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e. V.
Vietnam	Stärkung der Rechte von Transsexuellen	2017	Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e. V.

10. Wie viele Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit haben die Bekämpfung von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt zum Ziel und/oder als Indikator (bitte nach Projekten, Partnerländern, Mittelvolumen und Laufzeit aufschlüsseln)?

Laufende Vorhaben zu geschlechtsspezifischer Gewalt (überwiegend) nichtstaatlicher Akteure: ¹

Projekt-Nr.	Projektbezeichnung	Projektziel	Projektträger bzw. Kürzel Durchf.Org
201721612	Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen im südlichen Afrika	Die Kooperation von staatlichen, nichtstaatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen im südlichen Afrika wird gestärkt.	Inter-University Council for East Africa, Durchführung: GIZ
201726173	Berufliche Ausbildung und psychosoziale Begleitung von Frauen und Mädchen in Kolumbien und Ecuador	In Kolumbien und Ecuador soll es mittels Persönlichkeitsentwicklung und Berufsausbildung 6 066 Frauen, die sich prostituieren oder davon gefährdet sind, ermöglicht werden, selbstbestimmt Einkommensalternativen zu entwickeln, sich in ein würdevolles soziales Umfeld einzugliedern, schrittweise aus der Prostitution auszusteigen und zur Verbesserung der sozialen Strukturen für andere Betroffene beizutragen.	Deutscher Caritasverband (Caritas), Freiburg
201774793	Förderung des Rechts auf selbstbestimmte sexuelle und reproduktive Gesundheit und ein Leben ohne Gewalt.	Stärkung der Rechte von Frauen und Jugendlichen, um die Förderung, den Dialog und die politische Einflussnahme zu gewährleisten, mit dem Ziel, zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und einem Leben ohne Gewalt beizutragen.	Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE), Bonn
201775923	Unterstützung von missbrauchten Frauen	Unterstützung von Opfern häuslicher Gewalt – Frauenhaus in East London	Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE), Bonn
201776194	Stärkung der Gendergerechtigkeit und sozio-ökonomische Entwicklung mit Landfrauen im Punjab (Fortführung)		Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE), Bonn
201776236	Stärkung von Frauenrechten in Westgeorgien, Fortführung	Gewaltprävention und Beratung/Unterstützung für Betroffene von häuslicher Gewalt in Westgeorgien.	Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE), Bonn

¹ Da es sich um laufende Vorhaben nicht-staatlicher Projektträger handelt, kann eingesetztes Mittelvolumen nicht detailliert angegeben werden.

Projekt-Nr.	Projektbezeichnung	Projektziel	Projektträger bzw. Kürzel Durchf.Org
201776558	Gemeindebasierte Aufklärungsarbeit zur Überwindung der weiblichen Genitalverstümmelung in Sierra Leone	Das Projekt möchte einen breiten gesellschaftlichen Dialog unter Führung der Kirchen und anderer Religionsgemeinschaften initiieren, damit die die Genitalverstümmelung bei Frauen in Sierra Leone zurückgedrängt und schließlich beendet wird.	Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE), Bonn
201779982	Verbesserung von Schutzmechanismen für Frauen und Mädchen gegen geschlechterbasierte Gewalt	Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Konflikt- und Postkonflikt-Szenarien ist verringert durch die Bereitstellung von Unterstützung an Frauen-Zivilgesellschaftsorganisationen und durch Erarbeitung von technischem Wissen, das die Prävention und Reaktionsstrategien relevanter Stakeholder sowie ihre Beteiligung und Führung in friedensbildenden Initiativen beraten und führen wird.	United Nations Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women (UNWOMEN)
201606003_0016	Integriertes Projekt zur Verteidigung und Stärkung der Rechte von Frauen und Mädchen in der Gemeinde Nyamina, Region Koulikoro, Mali		Engagement Global gGmbH (EnGlo)
201606003_0026	Reduzierung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie verbesserte Qualität staatlicher und zivilgesellschaftlicher Dienste für Überlebende von Gewalt		Engagement Global gGmbH (EnGlo)
201606003_0068	Verhinderung der Kinderheirat in Simbabwe (18+)		Engagement Global gGmbH (EnGlo)
6610567	Kinderehen in Mosambik stoppen	Menschenrechtsprojekt 2017 der Botschaft Maputo gegen Kinderehen in Mosambik.	ActionAid Mozambique
6611355	Schutz vor sexueller Belästigung	„Capacity Building“ zum Schutz vor sexueller Belästigung für Frauen und Mädchen in einer ländlichen Region einschließlich Maßnahmen zur Förderung wirtschaftlicher Selbständigkeit für Frauen.	Bint El Reef, Minya
6610508	Schutz für Frauen und Mädchen	Besserer Rechtszugang für Frauen und Mädchen, die Opfer von sexueller Gewalt sind. Schaffung eines gewalt- und diskriminierungsfreien Umfeldes für Frauen.	Centro Mujeres A.C.
6610412	Samparka Network	Menschenrechtsprojekt 2017 des GK Kalukutta – Samparka Network.	Jabala Action Research Org.
6610515	Prävention sexueller Gewalt	Kampagne gegen Missbrauch von Frauen und Mädchen.	NGO Aguas Bravas

Projekt-Nr.	Projektbezeichnung	Projektziel	Projekträger bzw. Kürzel Durchf.Org
6610493	Hilfe für Opfer sexueller Gewalt	Hilfe und Unterstützung für betroffene Frauen bieten, physischen Schutz und Perspektiven. Stärkung ihrer Rechte. Sensibilisierung der Öffentlichkeit.	NGO Dastak Charitable Trust
6610492	Prävention von Gewalt	Aufklärung über Gewalt gegen Mädchen und Frauen durch Veranstaltungen und Radiosendungen.	NRO Foro Ciudadano
6611359	„Igmadi@Delta“-Seminare für Frauen	Selbstbewusstseinsstärkung von jungen Frauen in ländlichen Regionen, Schutz vor sexueller Belästigung und Diskriminierung durch Selbstverteidigung und Motivation.	Salemah for Women's Empowerment
6610482	Schulungen zum Anti-Harassment-Law	Bewusstseinsbildung und Selbstverteidigung gegen sexuelle Belästigung.	Social Safety and Social Protection Organization (SSSPO)
6610706	Frauenrechte und Verhinderung häuslicher Gewalt	Frauenrechte und Prävention häuslicher Gewalt.	Women's Center Gulrukshor
6610536	Bekämpfung von Menschenhandel	Entwicklung eines Themenpapiers zur analytischen und konzeptionellen Beratung hinsichtlich Menschenhandel zu Heiratszwecken.	United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC)
6610465	Vorbeugung sexueller Gewalt an Unis in Bosnien und Herzegowina	Vorbeugung sexueller Belästigungen an Universitäten durch Entwicklung eines Mechanismus zur Vorbeugung und Sensibilisierung an Unis für das Thema.	Atlantic Initiative
6609129	Qualifizierung Gesundheitspersonal	Schulung von Gesundheitsfachkräften, um dem Mangel in BiH in diesem Bereich Abhilfe zu schaffen und den betroffenen Frauen und Mädchen so die benötigte Unterstützung zukommen zu lassen (Traumatherapie).	Medica Mondiale e. V.
6610241	Trauma-sensible Beratung für Frauen	Psychosoziale Beratung für Frauen mit Gewalterfahrungen.	Medica Mondiale e. V.
6610582	Maßnahmen gegen gender-spezifische Gewalt	Ziel ist, Frauen vor gender-spezifischer Gewalt zu schützen durch juristische und psychosoziale Betreuung und Aufklärung sowie staatliche Stellen besser einzubinden.	Center for Civic Initiative (CCI)
LM-A-17-55	Frauenrechte – Konsolidierung eines gewaltfreien Gemeindegewaltfreiheits	Für die Rechte der Frauen wurde ein gewaltfreies Gemeindegewaltfreiheits konsolidiert.	Partner Süd Mexikos e. V. (PSM), Böblingen
SEZ-STAMI-B04/2017	Beitrag zur Reduzierung von sexueller geschlechtsspezifischer Gewalt und Verbesserung der Lebensumstände von betroffenen Frauen und Mädchen (Burundi)	Die sexuelle geschlechtsspezifische Gewalt wurde reduziert und die Lebensumstände von betroffenen Frauen und Mädchen verbessert.	Réseau Burundais des Personnes vivant avec le VIH/SIDA (RPB+, Antenne Buzanza)

Projekt-Nr.	Projektbezeichnung	Projektziel	Projektträger bzw. Kürzel Durchf.Org
SEZ-STAMI-B07/2017	Sensibilisierung gegen sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt (Burundi)	Menschen werden gegen sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt sensibilisiert.	Radio Publique Africaine
	Baumaßnahme für ein Gewaltschutzhaus in Nordmali – Schutz für Mädchen und Frauen vor Gewalt	Baumaßnahme für ein Gewaltschutzhaus in Nordmali – Schutz für Mädchen und Frauen vor Gewalt	Terre des Femmes e. V.
19 aus 2016	Überwindung der weiblichen Genitalverstümmelung in Gambia	Beitrag zur Überwindung der weiblichen Genitalverstümmelung in Gambia durch die Aufklärung der Bevölkerung sowie Beschneider, religiösen und traditionellen Autoritäten	(I)NTACT Mädchenhilfe e. V. – Internationale Aktion gegen die Beschneidung von Mädchen und Frauen

Laufende FZ-Vorhaben mit Ziel und/oder Indikator zu geschlechtsspezifischer Gewalt:

BMZ Nr.	Projektbezeichnung	Partnerland	Mittelvolumen (EUR)	Beginn Vertrag
201065986	Gewaltprävention Helenvale	Südafrika	5.000.000,00	2012
201067008	Gewaltprävention in städtischen Armenvierteln Western Cape	Südafrika	5.000.000,00	2014
201266055	Gewaltprävention in städtischen Armenvierteln Mamelodi East	Südafrika	5.000.000,00	2015
201265388	Gewaltprävention für Jugendliche	Kongo, Dem. Rep.	10.000.000,00	2015
ÜH 42355	Zugang zu sicherer Trinkwasser- und Sanitärversorgung sowie Prävention und Nachsorge von genderbasierter Gewalt	Südsudan	6.650.000,00	2018
201365261	Reproduktive Gesundheit V (Gutschein Mutter-Kindgesundheit II)	Jemen	7.500.000,00	2017
201367036	Privatsektorvorhaben Reproduktive Gesundheit	Kamerun	16.000.000,00	2014
201768670	Reintegration and Reconstruction Programme	Liberia	14.700.000,00	2018
201468602	Stärkung von Public Private Partnerships zur Förderung reproduktiver Gesundheit	Malawi	6.500.000,00	2014
201468529	Familienplanung und HIV-AIDS-Prävention VI	Niger	5.000.000,00	2015
201568989	HIV/AIDS-Prävention und Stärkung von Frauenrechten IV (FGM-Bekämpfung)	Sierra Leone	6.000.000,00	2016
201540848	UNICEF, Bildung und Schutz von Kindern, Irak	Irak	24.242.913,00	2015

11. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass Frauen und Mädchen sowie LSBTTI aus den Zielländern in Problemanalysen bereits während der Projekt- bzw. Schwerpunktplanung mit einbezogen werden?

Das BMZ-Konzept „Menschenrechte in der Entwicklungspolitik (2011)“ benennt explizit die Inklusion von LSBTTI-Personen in Programmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Durch das Safeguards + Gender Managementsystem und das Safeguard Menschenrechte der GIZ wird das erhöhte Diskriminierungsrisiko von LSBTTI Personen in der Planung von Maßnahmen berücksichtigt.

12. Anhand welcher Kriterien werden neue Schwerpunkte in die veröffentlichten Road Maps (z. B. Energie) aufgenommen und vorhandene (z. B. Genderkompetenz bzw. Wissensmanagement) herausgenommen?

Die jährlichen Road Maps zeigen, welche thematischen und institutionellen Prioritäten und Ziele das BMZ für das jeweilige Jahr setzt. Dafür werden jährlich Schwerpunktthemen und strategische Ziele ausgewählt und in den Road Maps dazu Maßnahmen für die Umsetzung formuliert. In der Road Map 2017 wurden aufgrund aktueller geschlechtsspezifischer Herausforderungen Energie als Schwerpunktthema und Digitalisierung als ein zusätzliches Ziel im Schwerpunkt Bildung ergänzt. So ist es möglich, auf aktuelle geschlechtsspezifische Benachteiligungen und Potenziale zu reagieren.

Jede Road Map setzt zudem einen besonderen Fokus auf ein ausgewähltes sektorales Handlungsfeld des GAP II, zu dem in den Road Maps exemplarisch Maßnahmen benannt werden. Das Engagement der deutschen Entwicklungszusammenarbeit erfolgt jedoch weiterhin zu allen sektoralen Handlungsfeldern des GAP II.

Zugang zu Recht und Gerichtsbarkeit für Frauen und Mädchen, politische Teilhabe, Mitbestimmung und Repräsentation (Participation, Voice, Leadership)

13. Welche Fortschritte wurden seit Veröffentlichung der Road Map 2016 im Bereich des Schwerpunkts 1 allgemein erzielt, und welche Projekte aus der Road Map 2017 konnten aus welchen Gründen von der Bundesregierung in dem Bereich nicht umgesetzt werden?

Grundsätzlich gilt für alle Schwerpunkte: Um den jährlichen Umsetzungsstand, die Fortschritte und die Wirkungen der Maßnahmen der Road Maps zu erfassen und darzustellen, werden – unter Einbeziehung aller relevanten Akteure – jährliche Umsetzungsberichte erstellt. Der „Umsetzungsbericht zur Road Map 2016“ (www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/sMaterialie350_gender_roadmap_2016.pdf) wurde im März 2018 veröffentlicht, die Arbeiten am Umsetzungsbericht zur Road Map 2017 sind noch nicht abgeschlossen.

Im Schwerpunkt 1 (Zugang zu Recht und Gerichtsbarkeit für Frauen und Mädchen, politische Teilhabe, Mitbestimmung und Repräsentation) wurden 2016 alle sechs im Rahmen der Road Map 2016 geplanten Maßnahmen umgesetzt.

Die Road Map 2017 umfasst insgesamt 20 Maßnahmen im Schwerpunkt 1 (zu allen drei Zielen des BMZ GAP in diesem Bereich). Davon konnten die zwei folgenden Maßnahmen während der Laufzeit der Road Map noch nicht umgesetzt werden:

Die Unterstützung des Radiosenders „La Voix de la Femme“ („Die Stimme der Frau“) im burundischen Giheta, der partizipative, konfliktsensible Radiosendungen produziert und sich für die Rechte von Frauen einsetzt, konnte aus Sicherheitsgründen nicht durchgeführt werden.

Die in Kambodscha im Rahmen des Projekts IDPoor geplanten Schulungen zum Thema Gleichberechtigung der Geschlechter konnten aufgrund von Verzögerungen (u. a. wg. Kommunalwahlen) nicht stattfinden, werden aber baldmöglichst nachgeholt.

14. a) Welche Fortschritte wurden nach Meinung der Bundesregierung im Regionalvorhaben Stärkung von Frauen in führenden Positionen in Verwaltung und Zivilgesellschaft im Nahen Osten (LEAD) seit 2016 erzielt?

Im Rahmen des Regionalvorhabens LEAD in den Palästinensischen Gebieten, Jordanien und im Libanon wurden seit 2016 Fortbildungsmaßnahmen, Mentoringprogramme und Mikroprojekte umgesetzt, die es Frauen ermöglichen, sich stärker in die Lokalpolitik einzubringen. Mit der Durchführung von sogenannten Genderaudits in Gemeindeverwaltungen und Gender Mainstreaming wird sichergestellt, dass die Teilhabe und Anliegen von Frauen nachhaltig in den Institutionen verankert werden.

Durch den Aufbau und die Unterstützung von Netzwerken auf nationaler und regionaler Ebene stärkt das Vorhaben inklusive und repräsentative Beteiligungsformen und Bürgerorientierung mit dem Ziel einer stärkeren Berücksichtigung der Belange von Frauen in kommunalen Angelegenheiten.

- b) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die momentanen Tätigkeiten der durch Trainings gestärkten Frauen?

- In den Palästinensischen Gebieten unterstützt das Vorhaben gemeinsam mit dem Ministry of Local Government (MoLG) die Struktur- und Kompetenzentwicklung in 35 ausgewählten Gemeinden. Eine Evaluierung fünf Monate nach Abschluss der Schulungsmaßnahmen zur Personalentwicklung hat ergeben, dass 100 Prozent der Befragten sich durch das Ausbildungsprogramm in ihrer Rolle gestärkt sehen und ihre Fähigkeiten und berufliche Entwicklung verbessern konnten. Von den im letzten Berichtszeitraum in Kooperation mit der Palestinian Initiative for the Promotion of Global Dialogue and Democracy („Miftah“) umgesetzten sechs Kleinprojekten gaben 67 Prozent der Frauen an, dass die Erfahrung sie befähigt hat, über das Projekt hinaus besser Führungsrollen wahrnehmen zu können.
- In Jordanien hat das Vorhaben insgesamt 951 Frauen und 117 weibliche Jugendliche mit Hilfe von Schulungsmaßnahmen zur Personalentwicklung gestärkt. Darunter fallen unter anderem 296 weibliche Ratsmitglieder, welche sowohl an Schulungen in Führungs- und Managementkompetenzen als auch Schulungen zur Erfüllung von spezifischen Aufgaben beruflicher Profile teilnahmen. Außerdem wurden 566 Frauen und 131 Männer hinsichtlich der Dezentralisierungswahlen in Jordanien geschult. Darüber hinaus hat das Vorhaben gemeinsam mit dem Al Hayat Center for Civil Society Development („Al Hayat“) ein Konzept zur Umsetzung weiterer 18 Kleinprojekte entwickelt, finalisiert und die Implementierung gestartet.
- Im Libanon besteht seit November 2015 eine Kooperation mit der hauptsächlich im Nordosten des Landes (Baalbek-Hermel Region) aktiven Libanese Organisation for Studies and Training (LOST). Die Projekte „Empowering Women to Lead“ (EWL 1 und 2) bauen fachliche und technische Kompetenzen teilnehmender Frauen, aber auch teilnehmender Männer in den Bereichen kommunale Arbeit, Kooperation und Partizipation auf. Die Teilnahme an

EWL 2 hat bereits sichtbar zu einer stärkeren Beteiligung von Frauen auf kommunaler Ebene geführt. Als Ergebnis des Projekts ist bspw. in einer der Partnergemeinden eine Gruppe von Frauen vom Bürgermeister eingeladen worden, sich an der Arbeit der technischen Ausschüsse sowie der kommunalen Entscheidungsfindung zu beteiligen. Des Weiteren bestätigten die teilnehmenden Frauen, dass sich ihre Führungs- und Entscheidungskompetenzen durch die Umsetzung der Kleinprojekte erheblich verbessert haben. Außerdem berichteten sie, dass erstmalig ihre Stimme in der Gemeinde gehört wurde.

- c) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob sich die Anzahl an Frauen, die in der Lokalpolitik in Jordanien, dem Libanon und den palästinensischen Gebieten tätig sind, seit 2016 positiv verändert hat?

Allen drei Ländern ist weiterhin gemein, dass das soziale Rollenbild von Frauen stark von patriarchal und religiös dominierten Familien- und Rechtssystemen geprägt ist und daher einer effektiven Teilhabemöglichkeit von Frauen in Politik und Gesellschaft entgegensteht.

- In den Palästinensischen Gebieten lag bei den im Mai 2017 abgehaltenen Kommunalwahlen der Frauenanteil in den neuen Gemeinderäten bei 21,2 Prozent (19,8 Prozent durch Wahl und 22,4 Prozent durch Ernennung), und somit knapp über der 20 Prozent Quote. Eine weitere Entwicklung im Berichtszeitraum stellen die im März 2018 vom Kabinett angekündigten neuen Resolutionen zu Frauenrechten dar, einschließlich dem Recht für Frauen, einen Pass für ihre Kinder zu beantragen, Bankkonten für ihre Kinder einzurichten, und ihre Kinder auf eine andere Schule zu schicken.
- Eine bedeutsame Entwicklung seit 2016 in Jordanien stellt der Dezentralisierungsprozess dar sowie die daraufhin erfolgten Wahlen im August 2017. Das Resultat ist eine zusätzliche Verwaltungsebene auf Ebene der Governorate in der lokalen Regierungsstruktur Jordaniens, womit insgesamt drei Ebenen bestehen (local councils, municipalities, governorate councils). Dabei bleibt die Frauenquote von 25 Prozent in den bisherigen Ebenen bestehen. Da auf Governorats-Ebene jedoch eine Frauenquote von nur 10 Prozent festgelegt wurde, sank der Anteil von gewählten Frauen insgesamt bei der Wahl 2017 (vorher: 36 Prozent, nach der Wahl 2017: 29 Prozent Frauen).
- Im Libanon ist Ende 2017 die vorläufige Nationale Koalition „Frauen in Politik“ entstanden, der sich etwa 150 Organisationen und Frauenrechtsaktivistinnen und -aktivisten anschlossen.

Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit

15. Welche Fortschritte wurden seit Veröffentlichung der Road Map 2016 im Bereich des Schwerpunkts 2 allgemein erzielt, und welche Projekte aus der Road Map 2017 konnte die Bundesregierung aus welchen Gründen in dem Bereich nicht umsetzen?

Im Schwerpunkt 2 (Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit) wurden 2016 beide im Rahmen der Road Map 2016 geplanten Leuchttürme ((1) Globalvorhaben Verantwortungsvolle Landpolitik und (2) Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (CAADP) Berufsbildungsvorhaben für Frauen im ländlichen Afrika) umgesetzt.

Das 2017 gestartete CAADP Berufsbildungsvorhaben für Frauen rückt die speziellen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen in den Fokus. Es wird innerhalb des deutschen Engagements mit der Afrikanischen Union (AU) und dem Entwicklungsprogramm der AU (NEPAD) als Teil des CAADP durchgeführt und von deutscher Seite mit 14 Mio. Euro gefördert. In sechs ausgewählten Pilotländern (Kenia, Malawi, Ghana, Benin, Burkina Faso und Togo) werden arbeitsmarktorientierte und einkommenssteigernde Qualifizierungsangebote für Frauen im Agrar- und Ernährungssektor angestoßen.

Bisherige Wirkungen:

- 120 Lehrkräfte an den Pilotinstitutionen haben an Weiterbildungsmaßnahmen zur gendersensiblen Gestaltung von Aus- und Weiterbildung teilgenommen.
- 1 026 Frauen haben bisher an landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen.
- 21 der ausgewählten landwirtschaftlichen Ausbildungsinstitutionen bieten gendersensible Aus- und Weiterbildung an.

Die Road Map 2017 umfasst insgesamt 13 Maßnahmen im Schwerpunkt 2, davon konnten nur drei Maßnahmen während der Laufzeit der Road Map noch nicht umgesetzt werden:

(1) Die Unterstützung von 4 500 malawischen Bäuerinnen beim Erwerb von zertifiziertem Saatgut durch das „Programm zur Förderung von mehr Beschäftigung und Einkommen im ländlichen Raum“ konnte nicht erfolgen, da der Partner aus dem Privatsektor seine Beteiligung zurückzog.

(2) In dem Vorhaben „Schutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen“ in Madagaskar wurden die Aktivitäten zur Förderung von Landwirtschaftsverbänden und rein landwirtschaftlichen Aktivitäten Anfang 2017 eingestellt, da diese nicht mehr in die Gesamtkonzeption des Vorhabens passten. Somit erfolgte im Rahmen dieses Vorhabens keine Unterstützung von Bäuerinnen bei der Vermarktung ihrer Produkte. Das Nebenziel des Vorhabens „Gleichberechtigung der Geschlechter“ (Kennung: GG-1) wird in den anderen Handlungsfeldern des Vorhabens weiterhin umgesetzt, u. a. bei der Förderung einer angemessenen Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen im Bereich des Managements der Nutzung natürlicher Ressourcen sowie bei Umweltsensibilisierungs- und Bildungsmaßnahmen.

(3) Im Regionalvorhaben Arbeits- und Sozialstandards im Textil- und Bekleidungssektor in Asien wurde im Juli 2017 die Studie „Feasibility Study Providing Nutritious Food in Worker Canteens in the Garment Sector in Cambodia“ wie geplant veröffentlicht. Auf die geplante Einführung von Trainingsmodulen auf Fabrikebene wurde jedoch aus folgendem Grunde verzichtet:

- Die Studie zeigte, dass Textilarbeiterinnen und -arbeiter eine Gehaltszulage für Verpflegung erhalten, die sie verlieren würden, wenn Essen in Kantinen über die Unternehmen bereitgestellt würden. Auf Seiten der Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen stößt eine Veränderung dieses Ist-Zustands daher auf großen Widerstand, da diese Gehaltszulage ein wichtiger Gehaltsbestandteil ist.

- Als Ergebnis der Studie scheinen daher nur eine umfassende Veränderung des Bewusstseins für eine gesunde Ernährung oder gesetzliche Regelungen als mögliche Lösungsansätze.
- Um gezielter auf die tatsächlichen Probleme von Frauen in den Fabriken einzugehen, wurde entschieden, alternativ das Thema der Transportsicherheit in Textilfabriken zu adressieren. Der Großteil der Textilarbeiterinnen wird auf überfüllten Ladeflächen großer Transporter zu den Fabriken transportiert, wobei es immer wieder zu gravierenden Unfällen kommt.

16. a) Wie viele Landrechte wurden durch das Globalvorhaben „Verantwortungsvolle Landpolitik“ in den Jahren 2016 und 2017 erworben (Antwort bitte nach Ländern und Jahren aufschlüsseln)?

Das Globalvorhaben „Verantwortungsvolle Landpolitik“ hat das Ziel, bis 2021 die Landrechte von rund 460 000 Menschen in Peru, Uganda, Benin (ab Ende 2015), Laos, Madagaskar (ab 2017) und Paraguay (von 2017 bis 2018) zu dokumentieren und rechtlich abzusichern.

Landrechte zu sichern, ist je nach Ausgangslage ein komplexer und langwieriger Prozess, so dass die Anfangsphase des Vorhabens von gründlichen und umsichtigen Vorbereitungsmaßnahmen geprägt ist. Die Erreichung der Zielzahlen für die konkrete Landrechtssicherung ist daher in den letzten beiden Jahren (2020 bis 2021) der laufenden Programmphase zu erwarten.

Im Jahr 2016 war der Schwerpunkt auf die Etablierung und Stärkung von rechtssicheren Titulierungsmechanismen sowie den Aufbau von Konfliktlösungsmechanismen ausgerichtet. Damit wurden keine Landrechte gesichert, jedoch die Verfahren und Mechanismen zur systematischen Vermessung und Titulierung von Landparzellen vorbereitet.

Im Jahr 2017 wurden die Landrechte von 12 489 Menschen (2 621 Haushalten) gesichert. In Uganda wurden zur Validierung des Ansatzes die Landrechte von rund 160 Menschen (30 Haushalten) dokumentiert. In Paraguay wurde eine Kleinstmaßnahme umgesetzt, deren Schwerpunkt auf Politikberatung lag und damit indirekt 2017 und 2018 zur Stärkung der Landrechte von rund 3300 Indigenen beitrug davon 601 Frauen 2017 durch Sensibilisierungsmaßnahmen, Trainings und Politikberatung.

Übersicht: Menschen mit gesicherten Landrechten

Jahr	Peru (ab 2016)	Uganda (ab 2016)	Benin (ab 2016)	Laos (ab 2017)	Madagaskar (ab 2017)	Paraguay (2017-2018)	Summe
2016	0	0	0	-	-	-	0
2017	918	162	8.669	2.139	-	601	12.489

- b) Für wie viele Frauen wurde bislang die Landrechtssicherheit verbessert (Antwort bitte nach Ländern aufschlüsseln)?

Im Rahmen des Globalvorhabens Verantwortungsvolle Landpolitik wurden bis Ende 2018 die Landrechte von rund 13 338 Frauen nachhaltig gesichert. Dies geschieht durch die Registrierung des Landrechts im Namen der Frau oder im Namen beider Ehepartner.

Im Rahmen des GIZ-Vorhabens Landmanagement und dezentrale Planung (LMDP) in Laos konnten bereits 31 000 Parzellen registriert werden. Davon wurden 70 Prozent im Namen der Frauen oder der Ehepartner gemeinsam ausgestellt.

Zusammen mit anderen internationalen Gebern wurden durch das GIZ-Vorhaben „Beitrag zur Sicherung von Landrechten“ in Kambodscha 3 Millionen Landtitel registriert, von denen mindestens 50 Prozent an Frauen ausgestellt wurden.

Durch das Vorhaben Unterstützung der Landreform wurden in Namibia bereits 115 000 Landnutzungsrechte registriert, wobei 41,5 Prozent der Titel an Frauen ausgestellt wurden.

- c) Mit welchen weiteren Maßnahmen werden die Rechte von Kleinbäuerinnen gestärkt?

Die Bundesregierung unterstützt zivilgesellschaftliche Organisationen und Stiftungen mit vielfältigen Maßnahmen, die darauf abzielen, die Rechte von Kleinbäuerinnen zu stärken. Zu den geförderten Projekten gehören unter anderem „Land and Corruption in Sub-Saharan Africa: Developing Gender-Sensitive Responses“ von Transparency International, welches das Ziel hat, Landkorruption zu bekämpfen und zur Sicherung der Landrechte von Frauen und Männern in mehreren afrikanischen Staaten beizutragen.

Des Weiteren wird das Projekt „Strengthening Women’s Land Use and Land Ownership Rights in Sub-Saharan Africa“ in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und lokalen Partnern in sechs afrikanischen Staaten umgesetzt.

- d) Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung hierzu in Madagaskar und Paraguay ergriffen?

Das Globalvorhaben Verantwortungsvolle Landpolitik arbeitet seit 2017 in Madagaskar an der Sicherung von Landrechten und hat bis Mitte 2018 in Paraguay die Verbesserung der Rechtslage für indigene Gemeinschaften unterstützt.

In Paraguay wurden drei Verordnungen auf Gemeindeebene unter Beteiligung der Zivilgesellschaft sowie der indigenen Gemeinschaften erarbeitet. Diese klären die nachhaltige Nutzung von Wald und Land durch indigene Gemeinschaften und erleichtern so den Zugang zu überlebenswichtigen Ressourcen, gleichzeitig sichern sie die Mittelallokation im Haushalt der lokalen Verwaltung für Belange indigener Gemeinschaften und richten behördliche Anlaufstellen für indigene Gemeinschaften ein. Von diesen Maßnahmen profitieren rund 3 300 Indigene in den Zielgemeinden.

In Madagaskar wurden erste Sensibilisierungs- und „Training of Trainers“ Maßnahmen hinsichtlich des Themas Zugang zu Land / Landinventur auf Gemeindeebene im Projektgebiet durchgeführt. Hierbei konnte unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Beteiligung von mehr als einem Drittel Frauen erreicht werden. Diese sollen auch im weiteren Verlauf der Projektumsetzung eine aktive Rolle spielen und als Multiplikatoren fungieren. Bei mit der Zivilgesellschaft organisierten Fortbildungen zum Thema „Zugang zu Land“ sowie „Leadership“ war knapp die Hälfte aller Beteiligten Frauen. Vorgesehen ist zudem, einen lokalen Frauenverband, der bereits bei der Frage der Sicherung des Zugangs zu Land unterstützt wurde, auch bei Aktivitäten im Bereich Wiederbewaldung aktiv zu begleiten.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen

17. Welche Fortschritte wurden seit Veröffentlichung der Road Map 2016 im Bereich des Schwerpunkts 3 allgemein erzielt, und welche Projekte aus der Road Map 2017 konnten aus welchen Gründen von der Bundesregierung in dem Bereich nicht umgesetzt werden?

Im Schwerpunkt 3 (Gewalt gegen Frauen und Mädchen) wurden 2016 sieben der acht im Rahmen der Road Map 2016 geplanten Maßnahmen umgesetzt.

Die Road Map 2017 umfasst insgesamt 13 Maßnahmen im Schwerpunkt 3. Davon wurden 12 Maßnahmen planmäßig umgesetzt, eine Maßnahme konnte (noch) nicht während der Laufzeit der Road Map umgesetzt werden:

Die für 2017 im Vorhaben des zivilen Friedensdienstes „Afghanische Jugend für den Frieden“ geplanten psychosozialen Trainings und Coachings für Frauen in den „Juvenile Rehabilitation Centres“ (JRC) konnten nicht stattfinden. Der Grund war, dass nach dem Anschlag auf die Deutsche Botschaft Mitte 2017 aus Sicherheitsgründen eine Relozierung des internationalen Personals stattfand und die Durchführung von Trainings in den JRC dadurch stark eingeschränkt war.

18. a) Wie viele kambodschanische Provinzen umfasst aktuell die Reichweite des Projekts „Zugang zu Recht für Frauen“?

Das Vorhaben wurde im Januar 2014 gestartet und im Dezember 2017 beendet.

Die Zielprovinzen des Vorhabens waren Siem Reap und Kampong Thom. Von den zentralstaatlichen Beratungsleistungen des Vorhabens profitieren alle Kambodschaner. Die kambodschanische Regierung und Internationale Organisationen wie CARE, UN Women, UNFPA und nationale Nichtregierungsorganisationen (NROs) haben die im Vorhaben entwickelten Richtlinien zur Erstbehandlung und Weiterleitung von Überlebenden genderspezifischer Gewalt in ihre Programme aufgenommen und wenden diese landesweit an.

- b) Wie viele Frauen haben bislang im Rahmen des Projekts rechtliche oder psychosoziale Unterstützung erhalten?

2014 wurden 1 765, 2015 wurden 2 340 und 2016 wurden 2 141 rechtliche und psychosoziale Leistungen über lokale NRO-Partner erbracht. Ob die Klienten mehrfach von den Leistungen profitiert haben, ist nicht bekannt. Aus datenschutzrechtlichen Gründen wurden dem BMZ keine Namenslisten übermittelt. Im letzten Umsetzungsjahr wurden den NRO über das Vorhaben keine Mittel mehr zur Verfügung gestellt.

- c) Welche konkreten Maßnahmen werden zur psychosozialen Unterstützung ergriffen?

Die konkreten Maßnahmen umfassten: Schutzraumbezogene Unterstützungen, Unterstützung bei der Reintegration, individuelle psychologische Beratung, psychologische Beratung in der Gruppe, juristische Beratung, gerichtliche Vertretung, medizinische Beratung und Berufsbildungsmaßnahmen.

- d) Wie versucht die Bundesregierung, die betroffenen Frauen nachhaltig psychosozial zu unterstützen?

Über das Vorhaben wurden Richtlinien zur Erstbehandlung und Weiterleitung von Überlebenden genderspezifischer Gewalt entwickelt. Die entsprechenden

Trainings werden von der kambodschanischen Regierung fortgeführt und auch wie in der Antwort zu Frage 18a erläutert von Internationalen Organisationen und nationalen NRO übernommen. Die über das Vorhaben geförderten NRO wurden bezüglich möglicher alternativer Finanzierungsquellen nach Abschluss der BMZ-Unterstützung beraten.

19. Ist aus Sicht der Bundesregierung der aktuelle Stand der Umsetzung des Vorhabens „Jugend gegen sexuelle Belästigung“ in Ägypten erfolgreich, und wie begründet sie diese Einschätzung?

Das Vorhaben läuft noch bis zum 31. Dezember 2019 und wird aufgrund der bisher erreichten Wirkungen positiv bewertet:

- Das Ministerium für Jugend und Sport hat in Ägypten Anfang 2018 die erste, gemeinsam mit dem Vorhaben entwickelte Policy gegen sexuelle Belästigung auf Regierungsebene veröffentlicht. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums und der Jugendzentren wurden über die Policy und den entsprechenden Beschwerdemechanismus informiert.
- Landesweit wurden pilothaft 3 300 weibliche und männliche Jugendliche in 20 Jugendzentren dafür sensibilisiert, sich aktiv gegen sexuelle Belästigung einzusetzen. Über Ansätze wie Sport für Entwicklung wurden auf lokaler Ebene weitere Initiativen gegen sexuelle Belästigung durchgeführt.
- Durch 40 ausgebildete, ägyptische Trainerinnen wurden 2 000 junge Frauen in der Selbstverteidigungstechnik WenDo geschult.
- Das Vorhaben organisiert zusammen mit dem Ministerium für Jugend und Sport landesweit Kampagnen und Veranstaltungen gegen sexuelle Belästigung. Eine Kampagne in öffentlichen Verkehrsmitteln (Plakate, Social Media und Videoclips) erreicht täglich mehrere Hunderttausende Ägypterinnen und Ägypter.

20. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung durch die Anwendung des DAC-Sektorschlüssels „Beendigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ (CRS 15180) gewonnen?

Die Einführung des DAC-Sektorschlüssels 15180 wurde von der Bundesregierung befürwortet. Die ersten Daten wurden erst kürzlich von der OECD vorgelegt. 18 der 30 Mitgliedsländer des OECD-DAC Gendernet haben den neuen Code bisher genutzt. Deutschland verwendet diesen Schlüssel. Für tiefergehende Analysen des Sektorschlüssels werden weitere Statistiken benötigt, die erst in einigen Jahren vorliegen werden. Aus Sicht des BMZ ist die Einführung des Sektorschlüssels positiv zu bewerten, da er einen besonderen Fokus auf Projekte zur Förderung der Prävention von Gewalt gegen Frauen legt und so das Engagement der Geber sichtbar und messbar macht.

21. a) Welche Fortschritte wurden in der Umsetzung des Programms „Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Lateinamerika (ComVoMujer)“ seit Veröffentlichung der Road Map 2016 erreicht?

Das Regionalvorhaben wurde 2016 mit 1,5 Mio. Euro aufgestockt und bis Ende 2017 verlängert. In dieser Zeit wurden u. a. nationale Studien erstellt, die die gesamtgesellschaftlichen Kosten von Gewalt gegen Frauen sowie die Auswirkungen von Gewalt auf die Produktivität von Studierenden untersuchten. Die Ergeb-

nisse dienen den zuständigen Behörden der Planung und Ausgestaltung von Präventionsmaßnahmen. Um den erfolgreichen und breitenwirksamen Ansatz von ComVoMujer für andere Regionen und einzelne Länder leichter anwendbar zu machen, wurden dessen Erfahrungen vom Regionalvorhaben aufbereitet und im November 2016 im Rahmen einer Ausstellung im BMZ Bonn öffentlichkeitswirksam vorgestellt (Wissenstransfer). Alle Publikationen des Regionalprogramms sind hier in Form eines Katalogs erfasst: http://info.comvomujer.org.pe/catalogocomvo/catalogo_comvomujer_web.pdf.

b) Wird das Regionalvorhaben über das Jahr 2017 hinaus fortgeführt?

Nein.

c) Wenn nein, weshalb nicht?

Das Regionalvorhaben wurde nach Beendigung der Laufzeit erfolgreich abgeschlossen. Es gibt zwei neue Vorhaben, die auf dem Konzept und den Erfahrungen von ComVoMujer basieren:

- Im südlichen Afrika (Lesotho, Südafrika, Sambia) gibt es seit Dezember 2017 ein Regionalvorhaben zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Auf die Antwort zu Frage 22 wird verwiesen.
- 2018 wurde – auf explizite Anfrage der dortigen Regierung – in Ecuador ein Projekt für die Prävention von Gewalt gegen Frauen begonnen.

Zudem ist die Bundesregierung im Gespräch mit der Regierung von Bolivien über ein bilaterales Vorhaben in Bolivien zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Kinder (ab 2019).

22. Wie weit fortgeschritten ist die Imitierung des in der Road Map 2016 angekündigten und auf den Ansätzen von ComVoMujer basierenden Regionalvorhabens in Subsahara Afrika?

Das Regionalvorhaben zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen im Südlichen Afrika (Lesotho, Südafrika, Sambia) wurde von der Bundesregierung mit einer Laufzeit von Dezember 2017 bis November 2020 beauftragt. Von den ursprünglich vorgesehenen 10 Mio. Euro wurden bislang 4,5 Mio. Euro zugesagt, weitere 3,9 Mio. Euro sollen noch in 2019 zugesagt werden.

Das Vorhaben hat im Januar 2018 seine Arbeit aufgenommen und fördert die Kooperation von staatlichen, nichtstaatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Der Aufbau von Multi-Akteurs-Partnerschaften ist dabei Leitprinzip.

In Südafrika wird derzeit eine Kooperation zwischen NRO und der Medien- und Kreativwirtschaft geprüft. Ziel ist eine kritische Reflektion von Geschlechterstereotypen, da Medien einen großen Einfluss auf die Gesellschaft und damit eine wichtige Funktion bei der Sensibilisierung für und Prävention von Gewalt gegen Frauen haben. Damit zielt das Vorhaben auf eine gendersensible Darstellung von Themen wie geschlechtsspezifische Gewalt in Nachrichten und Unterhaltungsformaten.

Bewaffnete Konflikte, Friedenssicherung und Flucht

23. Welche Fortschritte wurden seit Veröffentlichung der Road Map 2016 im Bereich des Schwerpunkts 4 allgemein erzielt, und welche Projekte aus der Road Map 2017 konnten aus welchen Gründen von der Bundesregierung in dem Bereich nicht umgesetzt werden?

Im Schwerpunkt 4 (Bewaffnete Konflikte, Friedenssicherung und Flucht) wurden 2016 bereits 12 der 13 im Rahmen der Road Map 2016 geplanten Maßnahmen umgesetzt.

Die Road Map 2017 umfasst insgesamt 13 Maßnahmen im Schwerpunkt 4 (zu allen fünf Zielen des BMZ GAP in dem Bereich). 12 Maßnahmen wurden planmäßig umgesetzt, eine Maßnahme konnte (noch) nicht während der Laufzeit der Road Map umgesetzt werden:

Das Vorhaben zur Unterstützung für Betroffene der Krise in der Zentralafrikanischen Republik startete erst in der zweiten Jahreshälfte 2018 und läuft bis einschließlich 2022. Hierdurch werden jene Aktivitäten (mit 10 Mio. Euro) gefördert, die sich an schwangere und stillende Frauen/Mädchen, Binnenflüchtlinge und Flüchtende richten.

24. a) Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung der ab Juli 2017 durchgeführten einkommensschaffenden Maßnahmen im Südsudan und in Mali?
b) Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung der ab Juli 2017 durchgeführten Fortbildung von Solidaritätsgruppen von Frauen im Südsudan und in Mali?
c) Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung der ab Juli 2017 durchgeführten Einsetzung von Gemeindefrauen und Gemeindefrauen von Frauen im Südsudan und in Mali?

Die Fragen 24a bis 24c werden gemeinsam beantwortet.

Das in der Road Map 2016 genannte Vorhaben zur „Stärkeren Beteiligung von Frauen in Friedensverhandlungen und bei der Konfliktbewältigung“ wird mit Mitteln des BMZ von UN Women in Südsudan und Mali bis Ende 2019 durchgeführt. Aus der aktuellen Fortschrittsberichterstattung (bis Juni 2018) geht hervor, dass bei der Umsetzung einkommensschaffender Maßnahmen bisher insgesamt 2 351 Menschen eine berufliche Qualifizierung sowie insgesamt 2 215 Menschen bisher einen Kleinstkredit bzw. Startguthaben erhalten haben. Durch Fortbildung von Solidaritätsgruppen wurden bisher 4 375 Frauen erreicht. Bisher wurden außerdem 350 Gemeindefrauen und -helfer auftragsgemäß ausgebildet.

25. Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung der Initiative „Initiative zur Befähigung syrischer Zivilgesellschaft, Frauen und kommunaler Akteure“?

Die „Initiative zur Befähigung syrischer Zivilgesellschaft, Frauen und kommunaler Akteure“ wurde von Mai 2015 bis Dezember 2017 von der GIZ durchgeführt. In diesem Zeitraum wurden mehrere Projekte zur Verbesserungen der Selbsthilfefähigkeiten von Frauen in Syrien durchgeführt sowie Hebammen in Südsyrien ausgebildet. Das Nachfolgevorhaben „Qualifizierungsinitiative lokale Verwaltungsstrukturen und Zivilgesellschaft in Syrien“ hat im Anschluss die Arbeit aufgenommen.

Bildung

26. Welche Fortschritte wurden seit Veröffentlichung der Road Map 2016 im Bereich des Schwerpunkts 5 allgemein erzielt, und welche Projekte aus der Road Map 2017 konnten aus welchen Gründen von der Bundesregierung in dem Bereich nicht umgesetzt werden?

Im Schwerpunkt 5 (Bildung) wurden 2016 alle fünf der im Rahmen der Road Map 2016 geplanten Maßnahmen umgesetzt.

Aufgrund aktueller geschlechtsspezifischer Herausforderungen wurde den bereits bestehenden Zielen des BMZ GAP im Schwerpunkt Bildung mit der Road Map 2017 ein weiteres Ziel („Bildung und Beschäftigung von Frauen und Mädchen in der digitalen Welt fördern“) hinzugefügt. Die Road Map 2017 umfasst insgesamt 17 Maßnahmen im Schwerpunkt 5. Davon wurden 16 Maßnahmen planmäßig umgesetzt, eine Maßnahme konnte während der Laufzeit der Road Map nicht umgesetzt werden:

Diese Maßnahme des Vorhabens zur Energiepolitikberatung in Nigeria (Vermittlung von 30 Studentinnen und Absolventinnen von technischen Energielehrgängen in Praktika bei Firmen aus dem Energie- und Umweltbereich) konnte nicht durchgeführt werden, da das Vorhaben mit anderer Schwerpunktsetzung und anderen Indikatoren beauftragt wurde.

27. a) Welche Fortschritte hat die Bundesregierung beim Vorhaben zur Verbesserung des Zugangs von Binnenvertriebenen zu Bildung im Nordirak erzielt?

In enger Zusammenarbeit mit dem kurdischen Bildungsministerium sowie der regionalen Bildungsbehörde wurden Gemeinden und Camps im Governorat Dohuk und Erbil ausgewählt, in denen der Bedarf an Unterstützung besonders hoch war: Im Rahmen des Vorhabens wurden 33 Schulen errichtet und elf Schulen renoviert. Durch den Schulbau und die Schulrehabilitierung haben insgesamt mehr als 30 000 Kinder von Binnenvertriebenen (internally displaced people, IDP) aus Camps und umliegenden Gemeinden einen verbesserten Zugang zum Schulunterricht erhalten. Zudem wurden mit Blick auf Unterrichtsmethoden für Klassen mit einer großen Anzahl an Kindern sowie auf konfliktsensible Unterrichtsmethoden bisher mehr als 3 300 Lehrerinnen und Lehrer fortgebildet.

- b) Wie viele Menschen haben im Rahmen des Vorhabens Angebote zur beruflichen Qualifizierung erhalten?

Im Rahmen des Vorhabens haben mehr als 9 600 Personen Angebote zur beruflichen Qualifizierung erhalten.

- c) Wie viele von ihnen waren Mädchen und Frauen?

Von den in der Antwort zu Frage 27b genannten 9 600 Personen waren 35 Prozent weiblich.

- d) Wie viele Bauvorhaben von Schulen werden im Rahmen des Vorhabens unterstützt?

Insgesamt unterstützt das Vorhaben 55 Maßnahmen im Bereich Bau, wie die oben beschriebenen 33 Schulneubauten, elf Schulrehabilitierungen, die Anlegung von

Schulgärten (fünf), ein Frauenzentrum und ein mehrfach nutzbarer Containerkomplex für Bewohner eines IDP Camps sowie kleinere Maßnahmen.

28. Wie viele Frauen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung durch das Projekt zur beschäftigungsorientierten Förderung von Frauen in Liberia unterstützt?

Das Projekt befindet sich noch in der Umsetzung (bis 12/2019). Bis Ende der Projektlaufzeit werden voraussichtlich 3 623 berufstätige Frauen, Studentinnen und Sekundarschülerinnen direkt von Maßnahmen des Vorhabens profitieren. Ein Großteil der Zielgruppe befindet sich im ländlichen Südosten Liberias. Indirekt werden weitere Frauen durch geschlechtergerechtere Gestaltungen der Personalpolitik und Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen profitieren (2016 gab es insgesamt 7 242 Frauen, die im öffentlichen und privaten Gesundheitswesen Liberias berufstätig waren).

Aufschlüsselung der Zahlen:

2.500	Sekundarschülerinnen, die an Maßnahmen der gendersensiblen Berufsorientierung (z. B. Girls Days) teilnehmen (auch männliche Schüler nehmen an manchen der Aktivitäten teil)
26	Sekundarschullehrerinnen, die in Berufsorientierungsaktivitäten eingebunden sind und entsprechend fortgebildet wurden (ebenso männliche Lehrer)
860	Studentinnen in Gesundheitsfachberufen, die von Maßnahmen zur Förderung von gendersensiblen Ausbildungsbedingungen an 4 ausgewählten Fachhochschulen und Universitäten profitieren
80	weibliche Lehr- und Verwaltungsfachkräfte, die ebenfalls von der Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den ausgewählten Fachhochschulen und Universitäten profitieren
46	Stipendiatinnen, die bereits vom Vorhaben finanzierte Aus- und Weiterbildungsstipendien durch das Gesundheitsministerium erhalten haben (u. a. in Labortechnik, Arztassistenz)
45	weitere Stipendiatinnen, die voraussichtlich 2019 in das Stipendienprogramm (Weiterbildungen) aufgenommen werden
16	weibliche Personalfachkräfte des Gesundheitsministeriums (sowie auch alle männlichen Personalfachkräfte), die in gendersensiblen Personalmanagement fortgebildet wurden
50	Entscheidungsträgerinnen in der Regierung von Minister- bis Referatsleitungsebene (Ministerien für Gesundheit, Bildung und Gender), die in verschiedene Maßnahmen des Vorhabens eingebunden sind
3.623	Insgesamt

29. Um wie viel Prozent konnte die Anzahl an Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern, die durch G7-Maßnahmen beruflich qualifiziert werden, wie in der Gipfelerklärung von Elmau 2015 vereinbart, bereits erhöht werden?

Der Fortschritt bei der Umsetzung der G7-Initiative wird in regelmäßigen Abständen von drei Jahren gemessen. Die nächste Datenerhebung soll 2019 für das Jahr 2018 erfolgen und so der Fortschritt bei der Umsetzung der G7-Initiative gemessen werden. Derzeit ist eine Aussage daher noch nicht möglich.

30. Um wie viel Prozent hat sich seit 2015 die Anzahl an Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern, die beruflich qualifiziert werden, durch vom BMZ finanzierte Projekte erhöht?

Im Auftrag des BMZ wurde 2016 eine Baseline-Erhebung durchgeführt. Gemäß dieser Baseline-Studie wurden im Jahr 2015 fast 355 000 Frauen und Mädchen durch entwicklungspolitische Maßnahmen der beruflichen Bildung gefördert.

Anfang 2019 wird im Auftrag des BMZ eine planmäßige Datenerhebung zur Förderung von Mädchen und Frauen durch berufliche Qualifizierung stattfinden. Erst nach Auswertung dieser Daten kann eine evidenzbasierte Aussage getroffen werden, um wie viel Prozent sich die Anzahl an Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern, die beruflich qualifiziert werden, durch vom BMZ finanzierte Projekte erhöht hat.

31. Welche Rolle spielt umfassende Sexualaufklärung für die Umsetzung von Schwerpunkt 5?

Umfassende Sexualaufklärung ist eines der vier strategischen Ziele unter Schwerpunkt 5. Umfassende Sexualerziehung ist ein wichtiger Bestandteil der Bildung eines jeden Menschen und deckt ein breites Spektrum an Themen im Zusammenhang mit den körperlichen, biologischen, emotionalen und sozialen Aspekten der Sexualität ab. Thematisiert werden u. a. auch Aspekte wie Geschlechterrollen und -attribute sowie geschlechterspezifische Gewalt. Die Bundesregierung setzt sich sowohl auf internationaler Ebene als auch in der Zusammenarbeit mit den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit für den Zugang zu umfassender schulischer und außerschulischer Sexualaufklärung ein.

Erwerbsarbeit und wirtschaftliches Empowerment

32. Welche Fortschritte wurden seit Veröffentlichung der Road Map 2016 im Bereich des Schwerpunkts 6 allgemein erzielt, und welche Projekte aus der Road Map 2017 konnten aus welchen Gründen von der Bundesregierung in dem Bereich nicht umgesetzt werden?

Im Schwerpunkt 6 (Erwerbsarbeit und wirtschaftliches Empowerment) wurden 2016 alle zwölf der im Rahmen der Road Map 2016 geplanten Maßnahmen umgesetzt.

Die Road Map 2017 umfasst insgesamt 14 Maßnahmen im Schwerpunkt 6. Davon wurden 13 Maßnahmen planmäßig umgesetzt. Eine Maßnahme (Förderung von Unternehmerinnen und Unternehmensgründungen von Frauen in Indien) konnte aufgrund administrativer Verzögerungen nicht während der Laufzeit der Road Map umgesetzt werden, befindet sich jedoch derzeit in der Umsetzung.

33. a) Von wie vielen Jugendlichen in Ägypten wurde nach Kenntnis der Bundesregierung seit Veröffentlichung der Road Map 2016 im Zuge des Vorhabens „Teilhabe durch Beschäftigung – Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern“ die Beschäftigungssituation verbessert?
- b) Wie viele von diesen Jugendlichen sind nach Wissensstand der Bundesregierung Frauen?

Die Fragen 33a und 33b werden im Folgenden gemeinsam beantwortet.

- 4 640 Arbeitssuchende – davon 1 320 Frauen – wurden in menschenwürdige, formelle Arbeitsverhältnisse vermittelt.

- 2 920 Jugendliche – davon 880 Frauen – haben das Serviceangebot für Berufsvorbereitung in Anspruch genommen.
- 11 300 Beschäftigte – davon 6 200 Frauen – haben eine bessere Beschäftigungsqualität erhalten.

34. a) Welche weiteren Firmen haben seit Veröffentlichung der Road Map 2016 im Rahmen des Regionalprogramms „Beschäftigung von jungen Frauen durch angewandtes Gender Diversity Management in Unternehmen (GDM)“ Kooperationsverträge mit der GIZ unterzeichnet?

Bisher wurden neun Kooperationsverträge in Ägypten (General Motors, Sekem, Vodafone), in Jordanien (Dar Al Omran, Umniah), in Marokko (BMCI, Sanofi, Unilever) und in Tunesien (Amen Bank) abgeschlossen. Weitere 19 Kooperationsverträge befinden sich derzeit in der Umsetzung, z. B. mit Juhayna in Ägypten, Landmark in Jordanien, Safran Electronics in Marokko und Orange in Tunesien. Drei Kooperationsverträge mit Unternehmen in Ägypten, Jordanien und Marokko sind noch in der Vorbereitung.

- b) Von wie vielen Frauen haben sich bereits durch das Projekt die Arbeitsbedingungen und die Integration ins Erwerbsleben verbessert?

Durch die Maßnahmen des Projekts haben sich für ca. 34 000 Frauen die Arbeitsbedingungen und die Integration ins Erwerbsleben verbessert.

Gesundheit, inklusive sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR)

35. Welche Fortschritte wurden seit Veröffentlichung der Road Map 2016 im Bereich des Schwerpunkts 7 allgemein erzielt, und welche Projekte aus der Road Map 2017 konnten aus welchen Gründen von der Bundesregierung in dem Bereich nicht umgesetzt werden?

Im Schwerpunkt 7 (Gesundheit, inklusive sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte –SRGR–) wurden 2016 die vier im Rahmen der Road Map 2016 geplanten Maßnahmen umgesetzt.

Die Road Map 2017 umfasst insgesamt zehn Maßnahmen im Schwerpunkt 7 (zu allen fünf Zielen des BMZ GAP im Bereich), welche alle planmäßig umgesetzt wurden.

36. In wie vielen Partnerländern wurden im Rahmen der deutschen finanziellen Zusammenarbeit seit Veröffentlichung der Road Map 2016 Verhütungsmittel verteilt?

Seit 2016 wurden im Rahmen der deutschen Finanziellen Zusammenarbeit 14 Partnerländer (Elfenbeinküste, Guinea, Jemen, Kambodscha, Kamerun, Kenia, Malawi, Mali, Nepal, Niger, Pakistan, Sierra Leone, Tansania und Usbekistan) sowie zwei Regionalorganisationen – CEMAC (Economic and Monetary Community of Central Africa) und ECOWAS (Economic Community of West African States) – bei der Beschaffung und Verteilung von Verhütungsmitteln sowie Aufklärungsmaßnahmen unterstützt.

37. a) Welche Fortschritte wurden mit der Initiative „Selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit“ erzielt?

Wichtige Indikatoren für Fortschritte der BMZ-Initiative sind die Zahl der professionell betreuten Geburten, der ausgebildeten Fachkräfte für die Geburtshilfe sowie die Zahl der Menschen, denen durch den Beitrag der deutschen EZ, Zugang zu Beratung und modernen Methoden der Familienplanung ermöglicht wurde.

Zwischen 2011 und 2017 trug die deutsche EZ zu mindestens 3,4 Millionen betreuten Geburten bei, unterstützte die Ausbildung von mindestens 16 000 Fachkräften in reproduktiver Gesundheit und half mindestens 19 Millionen Paaren, sich für ein Jahr vor ungewollten Schwangerschaften zu schützen.

Dabei erreichte die BMZ-Initiative über bilaterale und regionale Vorhaben der KfW und der GIZ Menschen in 34 Ländern, hauptsächlich in Afrika und Asien. Weitere Länder wurden durch die Arbeit privater und kirchlicher Träger erreicht, die auch Mittel im Rahmen der BMZ-Initiative erhalten.

- b) Plant die Bundesregierung die Fortführung ihrer Initiative „Selbstbestimmte Familienplanung“ über das Jahr 2019 hinaus?
- c) Wenn ja, plant die Bundesregierung die Mittel für die Initiative aufzustocken und die Initiative verstärkt auf Jugendliche und Unverheiratete auszuweiten?
- d) Wenn nein, mit welcher Begründung wird die Initiative nicht fortgeführt?

Die Fragen 37b bis 37 d werden gemeinsam beantwortet.

Über die Fortführung der BMZ-Initiative „Selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit“ wird im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020 entschieden.

38. Werden die Mittel für SRGR in Hinblick auf die Global Gag Rule, die Nicht-regierungsorganisationen, die Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen anbieten bzw. sich für die Legalisierung einsetzen, von US-amerikanischer finanzieller Unterstützung ausschließt, von der Bundesregierung insgesamt erhöht?

Im Rahmen des BMZ-Haushalts 2019 ist eine Mittelerrhöhung für einschlägige Organisationen, die im Bereich SRGR arbeiten, vorgesehen.

Wasser- und Sanitärversorgung

39. Welche Fortschritte wurden seit Veröffentlichung der Road Map 2016 im Bereich des Schwerpunkts 8 allgemein erzielt, und welche Projekte aus der Road Map 2017 konnten aus welchen Gründen von der Bundesregierung in dem Bereich nicht umgesetzt werden?

Im Schwerpunkt 8 (Wasser- und Sanitärversorgung) wurden 2016 die drei im Rahmen der Road Map 2016 geplanten Maßnahmen umgesetzt.

Die Road Map 2017 umfasst insgesamt sechs Maßnahmen im Schwerpunkt 8. Davon wurde eine Maßnahme in der Laufzeit der Road Map nicht umgesetzt:

Diese Maßnahme (i. R. d. Vorhaben zur Steigerung der Verfügbarkeit von Wasserressourcen für Anrainer von Bergbaubetrieben) zum gleichberechtigten Zugang von Frauen und Mädchen zu Wasserversorgung in Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru wurde nicht umgesetzt, da Analysen zeigten, dass in den Arbeitsgebieten des Projekts keine geschlechtsspezifische Benachteiligung bei der Wasserversorgung erkennbar ist.

40. Wie viele Frauen in Jordanien konnten nach Kenntnis der Bundesregierung bereits durch das Vorhaben „Water Wise Plumbers“ zu Klempnerinnen ausgebildet werden?

Über das Vorhaben „Unterstützung jordanischer Gemeinden bei der syrischen Flüchtlingsproblematik durch Klempnerausbildung (Water Wise Plumbers)“ und das Folgevorhaben „Berufliche Aus- und Fortbildung für Jordanier/innen und syrische Flüchtlinge im Wassersektor“ wurden bisher 385 Klempnerinnen ausgebildet. Im Zuge der Aus- und Fortbildung erhalten Frauen zudem Existenzgründungstraining sowie Hilfe bei der Erstellung von Businessplänen und Marktanalysen.

41. Inwiefern konnte die Bundesregierung den „Water Services Trust Fund“ in Kenia umsetzen?

Seit 2008 wird der „Water Services Trust Fund“ erfolgreich in Kenia mit Mitteln des BMZ umgesetzt und befindet sich derzeit in der dritten Phase. Durch die bisherigen Maßnahmen konnte bspw. gemeinsam mit anderen Gebern in rund 331 Einzelprojekten für rund 1,8 Millionen Menschen der Zugang zu Trinkwasser bzw. Sanitärversorgung verbessert werden. Die Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen und Kindern ist eine wichtige positive Wirkung der Maßnahmen. Beide Gruppen profitieren in besonderem Ausmaß von der verbesserten Wasser- und Sanitärversorgung in städtischen Armutsgebieten. Ferner binden die Maßnahmen Frauen gezielt ein, bspw. im Betrieb von Wasserkiosken und von öffentlichen Sanitärblöcken.

42. Wie viele Schulen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in Uganda seit Veröffentlichung der Road Map 2016 mit neuen Sanitäreinrichtungen ausgestattet oder saniert?

Nach Kenntnis der Bundesregierung wurden in Uganda seit 2016 in 88 Schulen Sanitäreinrichtungen im Rahmen von TZ-/FZ-Maßnahmen neu errichtet oder saniert. In weiteren 25 Schulen sind Neuerrichtungen oder Sanierungen von sanitären Anlagen vorgesehen.

Im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit wurden Sanitäreinrichtungen an Schulen in Uganda seit 2016 wie folgt gebaut bzw. saniert:

Neubau und Sanierung von Sanitäreinrichtungen an insgesamt 58 Schulen in Norduganda über die folgenden Vorhaben:

- a) Integrated program to improve the living conditions in Guluv – neun Schulen (sieben weitere geplant).
- b) Water Services Development Fund II – zehn Schulen.

c) Regionales UNHCR Vorhaben in Ostafrika: hier Uganda (201640473) – neun Schulen.

d) Unterstützung von Flüchtlingen und aufnehmenden Gemeinden in Norduganda über UNHCR (201740711) – 30 Schulen (weitere 28 Schulen geplant).

Daneben befindet sich der Neubau bzw. die Rehabilitierung von Sanitäreinrichtungen an 25 Schulen im Rahmen des FZ-Vorhabens Unterstützung südsudanesischer Flüchtlinge und aufnehmender Gemeinden in Uganda (VP) (201668995) in Durchführung.

43. Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung des in der Road Map 2016 vorgestellten stadtweiten Wettbewerbs in Kampala?

In Kampala wurden 79 öffentliche Schulen eingeladen, sich bis zum 5. Dezember 2018 für die Teilnahme am Wettbewerb zu registrieren. Bis Ende Februar 2019 können Vorschläge/Konzepte eingereicht werden, aus denen ein Gewinner ausgewählt wird. Ziel ist es, für einen nachhaltigen Umgang mit Sanitäranlagen zu werben.

Energie

44. Welche Fortschritte wurden seit Veröffentlichung der Road Map 2017 im Bereich des Schwerpunkts Energie allgemein erzielt, und welche Projekte aus der Road Map 2017 konnten aus welchen Gründen von der Bundesregierung in dem Bereich nicht umgesetzt werden?

Der Schwerpunkt Energie wurde aufgrund aktueller geschlechtsspezifischer Herausforderungen mit der Road Map 2017 neu aufgenommen. Die Road Map 2017 umfasst insgesamt acht Maßnahmen im Schwerpunkt Energie.

In dem Länderprojekt Indonesien der Energiepartnerschaft Energising Development (EnDev) wird ein besonderer Fokus auf das Thema Mainstreaming von Geschlechtergleichberechtigung gelegt. Bis September 2019 soll in allen Aktivitäten ein Frauenanteil von mindestens 30 Prozent erreicht werden, beispielsweise bei der Beteiligung an technischen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen. Ziel ist es, insgesamt einen 20-prozentigen Frauenanteil in Managementpositionen entlang der gesamten geförderten Wertschöpfungskette für Inselnetze (sog. Mini-grids) zu erreichen. Seit der Veröffentlichung der Road Map 2017 und im Rahmen des Länderprojektes EnDev-Indonesien engagieren sich neun Frauen in Managementteams innerhalb von vier neu gegründeten Kooperativen. Rund 50 Prozent der Teilnehmenden an Unternehmenstrainings waren bisher Frauen. Dadurch konnten die Teilnehmerinnen neue Geschäfte eröffnen oder ihr Einkommen aus bestehenden Unternehmungen erhöhen.

In Ghana wurde 2017 mit Unterstützung von Strategic Energy Advisory and Dialogue Services (SEADS) ein Workshop für Schülerinnen organisiert, um deren Bewusstsein für die Bedeutung von Energieeffizienz sowie ihr Interesse für technische Karrieren zu fördern. Das Projekt erreichte seine geschlechtsspezifischen Erwartungen; die ausgebildeten Mädchen der St. Marys und Accra Girls Senior High School geben ihr Wissen an Mitschülerinnen weiter. Darüber hinaus hat die ghanaische Regierung mit Unterstützung des Vorhabens ein 5-kW-Photovoltaik-Kraftwerk in der Mädchenschule installiert, das eine kontinuierliche Stromversorgung – und damit einen reibungslosen Ablauf des Unterrichts – sicherstellt.

Das „Africa-EU Renewable Energy Cooperation Programme (RECP)“ unterstützt die Ausbildung von mindestens 13 Ingenieurinnen (25 Prozent der geförderten Personen) an afrikanischen Hochschulen zu Energiegrundversorgung. Der Themenkomplex Gender und Energie wird gezielt in die Curricula integriert. Daneben förderte das RECP wissenschaftliche Publikationen von 31 Autorinnen (von gesamt 53).

45. Weshalb hat die Bundesregierung im Rahmen der Road Map 2017 das Themenfeld „Energie“ als Schwerpunkt hinzugefügt?

Besonders Frauen und Mädchen profitieren von einem modernen und nachhaltigen Zugang zu Energie. Frauen können starke Vermittlerinnen des Wandels im Energiesektor sein. Durch ihre sozialen Beziehungen und ihr Wissen über die Herausforderungen des lokalen Energiebedarfs können sie erfolgreiche Energieunternehmerinnen und Multiplikatorinnen werden.

In der Road Map 2017 wurde aufgrund dieser geschlechtsspezifischen Herausforderungen das Thema Energie als Schwerpunkt ergänzt.

46. Wie hat die Bundesregierung auf die Aufnahme von gendersensiblen Indikatoren in die 2020-Ziele der Afrika-EU-Energiepartnerschaft (AEEP) hingewirkt?

Im Rahmen des zweiten Stakeholder-Forums (www.aEEP-forum.org/en/outcomes) der Africa-EU Energy Partnership (AEEP) in Mailand im Mai 2016 verpflichteten sich Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertreter aus Afrika und Europa (darunter auch der Bundesregierung) dazu, die Bedürfnisse der Frauen in der Entwicklung des afrikanischen Energiesektors stärker zu berücksichtigen. Das Steuerungsgremium der AEEP (in dem die Bundesregierung Mitglied ist) hat daraufhin die Aufnahme von gendersensiblen Indikatoren in die Ziele der AEEP bis 2020 beschlossen. Die Anpassung der Ziele der AEEP bis 2020 wurde im April 2017 durch das AEEP-Steuerungsgremium jedoch vorläufig ausgesetzt, da ein neuer Zielkorridor formuliert werden soll. Entsprechend konnten bisher keine Gender-Indikatoren aufgenommen werden. Allerdings beachtet seitdem das Monitoring der bestehenden AEEP-2020-Ziele in besonderem Maße auch Gender-Aspekte (auf die Antwort zu Frage 47 wird verwiesen).

Weiterhin zielt das erste Ziel der AEEP bis 2020 auf die Erweiterung des Zugangs zu modernen und nachhaltigen Energiedienstleistungen für weitere 100 Millionen Afrikanerinnen und Afrikaner. Das Ziel legt besonderen Wert auf die Bereitstellung von Energie für die Grundversorgung einschließlich Gesundheit, Bildung, Wasser und Haushaltsbedarf. Durch die Fokussierung auf diese gendersensiblen Aktivitäten hat die Bundesregierung zu einem genderspezifischen Ansatz bei der Verbesserung des Energiezugangs in Afrika beigetragen.

47. Welche gendersensiblen Indikatoren wurden nach Kenntnis der Bundesregierung als 2020-Ziele der Afrika-EU-Energiepartnerschaft (AEEP) aufgenommen?

Die Thematik der Geschlechtergleichstellung erhält weiterhin besondere Aufmerksamkeit im Rahmen der Partnerschaft und wurde 2017/2018 erstmals in den jährlichen Status-Bericht des Africa-EU Energy Partnership (AEEP) aufgenommen. In einem eigenen Kapitel analysiert der Bericht den Status der Geschlechtergleichstellung und widmet sich sozialen Indikatoren (darunter die geschlechts-

spezifischen Ungleichgewichte im Energiesektor). Aktuell eruiert die Partnerschaft auf Betreiben der Bundesregierung eine mögliche Kooperation mit internationalen Frauennetzwerken (z. B. dem Globalen Frauennetzwerk für die Energiewende GWNET, ENERGIA), um gemeinsam eine geschlechterübergreifende Energiewende in Afrika zu fördern. Zudem fokussiert das dritte AEEP-2020-Ziel die Verdreifachung der Kapazität erneuerbarer Energiequellen einschließlich moderner Biomasse. Die Nutzung von Biomasse auf traditionelle, ineffiziente und umweltschädliche Weise ist in Afrika weit verbreitet und betrifft vor allem Frauen und Mädchen bei der Versorgung der Haushalte mit Energie. Mit der Festlegung dieses Ziels hat die Bundesregierung daher zu genderspezifischen Indikatoren im Rahmen der AEEP-2020-Ziele beigetragen.

Klimawandel, Katastrophenrisikomanagement, nachhaltige Entwicklung, Stadt- und Kommunalentwicklung

48. Welche Fortschritte wurden seit Veröffentlichung der Road Map 2016 im Bereich des Schwerpunkts „Klimawandel, Katastrophenrisikomanagement, nachhaltige Entwicklung, Stadt- und Kommunalentwicklung“ allgemein erzielt, und welche Projekte aus der Road Map 2017 konnten aus welchen Gründen von der Bundesregierung in dem Bereich nicht umgesetzt werden?

Im Schwerpunkt „Klimawandel, Katastrophenrisikomanagement, nachhaltige Entwicklung, Stadt- und Kommunalentwicklung“ wurden 2016 alle fünf im Rahmen der Road Map 2016 geplanten Maßnahmen umgesetzt.

Die Road Map 2017 umfasst insgesamt zehn Maßnahmen im Schwerpunkt „Klimawandel, Katastrophenrisikomanagement, nachhaltige Entwicklung, Stadt- und Kommunalentwicklung“. Diese wurden alle planmäßig umgesetzt.

49. Konnten nach Kenntnis der Bundesregierung bereits Klempnerinnen in Bangladesch, wie in der Road Map 2017 angekündigt, ausgebildet werden?
Wenn ja, wie viele?

Grundsätzlich sollten Frauen durch berufsqualifizierende Maßnahmen in die Lage versetzt werden, sich eine eigene Einkommensquelle zu schaffen – entweder als Angestellte oder als Selbständige. Ebenso wurde versucht, klassische Rollenmuster zu durchbrechen und Frauen beispielsweise für eine Ausbildung als Klempnerin zu interessieren. Bislang gelang es, Frauen in technischen Berufen auszubilden, wie z. B. in den Bereichen Motorradwartung, Hauselektrik, Klimaanlage-technik, Mobiltelefonwartung oder Gebrauchselektronik. Siehe nachfolgende Tabelle:

Beschäftigungsqualifizierende Maßnahmen mit Aufteilung nach Geschlecht

Gewerbe	Männlich	Weiblich	Gesamt	Angestellt		Selbstständig	
				M	W	M	W
Klimaanlagentechnik	100	30	130	80	16	8	5
Hauselektrifizierung	189	92	281	121	27	13	36
Mobiltelefonwartung	151	107	258	97	62	14	25
Gebrauchselektronik	31	29	60	12	9	3	5
Motorradwartung	194	9	203	123	2	13	2
Computerausbildung, Basis	15	15	30	9	-	1	1
Schneidern	-	324	324	-	139	-	137
Schönheitspflege	-	140	140	-	116	-	7
Industrielle Nähmaschinenbedienung	-	92	92	-	10	-	69
Gemeindeggesundheitspflege	-	30	30	-	14	-	8
Block Batik	-	20	20	-	3	-	11
Total	680	888	1568	442	398	52	306

50. a) Welche vom BMZ finanzierten Projekte wirken auf das im SDG 13b formulierte Ziel des Ausbaus effektiver Planungs- und Managementkapazitäten im Bereich des Klimawandels hin (bitte einzeln nennen)?

Zu den im Folgenden genannten Projekten wird auf Anlage A verwiesen (Projekte zum Klimawandel).

- b) In welchen dieser Projekte wird das Ziel des Gender Mainstreamings umgesetzt?

Grundsätzlich haben alle bei Frage 50a aufgeführten Projekte eine GG 1-/GG 2-Kennung, d. h. Gender Mainstreaming ist im Projektdesign berücksichtigt. Folgend einige Beispiele, wie sich dies auf unterschiedliche Weise umsetzt:

Uganda:

Im Bereich Minderung unterstützt die Bundesregierung ein bilaterales Vorhaben im Norden Ugandas, bei dem in 40 Dörfern kleine regionale Netze zur Energieversorgung, oft als Mini-Grids bezeichnet, installiert werden. Durch den Zugang zu Energie steigen die Löhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich und es werden alltägliche Aufgaben erleichtert, die insb. von Frauen ausgeführt werden (z. B. durch den Einsatz von Wasserpumpen).

Bangladesch:

In Bangladesch unterstützt die Bundesregierung das Umwelt- und Forstministerium bei der kohärenten Planung, Priorisierung, Finanzierung und Durchführung von Anpassungsmaßnahmen. Die Einbeziehung der vulnerabelsten Gruppen, u. a. Frauen, bei der Stärkung der institutionellen Kapazitäten für die Steuerung und Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen war ein zentrales Element. Zudem wird dem Thema durch ein eigenes Kapitel im nationalen Klimaaktionsplan, welcher voraussichtlich Anfang 2019 veröffentlicht wird, in den Fokus gerückt.

NDC-Partnerschaft:

Im Rahmen der von der Bundesregierung Ende 2016 mit-initiierten und mitfinanzierten NDC-Partnerschaft, die die Umsetzung der nationalen Klimabeiträge im Einklang mit den Entwicklungszielen der Agenda 2030 vorantreibt, nimmt die Integration von Genderaspekten eine wichtige Rolle ein. Basierend auf einem detaillierten Arbeitsplan („Partnerschaftsplan“) passen die Entwicklungspartner ihre laufenden Programme an und planen zusätzliche Maßnahmen, welche die NDC-Umsetzung vorantreiben. In diesen Prozessen werden Genderaspekte und entsprechende Akteure explizit angesprochen, wie beispielsweise im ersten Partnerschaftsplan mit Uganda, der 2018 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

InsuResilience Globale Partnerschaft:

Das BMZ ist Gründungsmitglied der InsuResilience Global Partnership, die den Ausbau von Versicherungs- und Risikofinanzierungsinstrumenten zur Absicherung gegen Klima- und Katastrophenrisiken für besonders arme und vulnerable Bevölkerungsschichten in Entwicklungsländern zum Ziel hat. Frauen und Mädchen als besonders vulnerable Gruppe sollen gezielt berücksichtigt werden. Im November 2018 veröffentlichte das InsuResilience-Sekretariat im Auftrag des BMZ eine Studie zur Relevanz und Stärkung gendersensitiver Ansätze für Klimarisikoversicherungen im Rahmen der Partnerschaft. Das Thema soll im höchsten Steuerungsgremium der Partnerschaft verankert werden und als Querschnittsthema in die Ausgestaltung von Finanzierungsinstrumenten einfließen. Zudem vergibt das BMZ über die GIZ ein Stipendium für die Teilnahme am „Leadership and Diversity Program for Regulators“ von Women’s World Banking und Oxford University. Das Stipendium ging in der ersten Runde an Frauen aus Ruanda und Madagaskar, die in der Versicherungsregulierung ihres Landes tätig sind.

NAP Global Network:

Im Rahmen des NAP Global Network (NAP GN) wurde im Februar 2018 mit Hilfe kanadischer Finanzierung ein Austauschforum zu Gender und NAPs veranstaltet und basierend darauf im April 2018 ein Synthesebericht zu gendersensiblen NAP-Prozessen veröffentlicht. Seitdem finden regelmäßig weitere Aktivitäten zum Thema Gender statt, bspw. wurde im September 2018 gemeinsam mit UN Women in der Karibik ein regionaler Workshop zur Verbindung von Geschlechtergerechtigkeit und nationaler Anpassungsplanung durchgeführt, dessen Ergebnisse z. B. in den jamaikanischen NAP eingeflossen sind.

51. a) Welche vom BMZ finanzierten Projekte wirken auf das im SDG 11.2 formulierte Ziel der Verbesserung von sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen hin (bitte einzeln nennen)?

Folgende Vorhaben wirken auf das im SDG 11.2 formulierte Ziel der Verbesserung von sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen ein:

Nr.	Projektnummer	Projekttitle	Land
1	2016.2085.5	Sektorvorhaben Nachhaltige Mobilität	Sektorvorhaben
2	2015.2127.7	DKTI – Energieeffiziente Antriebe im urbanen Kontext	Brasilien
3	2015.2197.0	DKTI – Integrierte nachhaltige Stadtverkehrssysteme für Smart Cities	Indien
4	2016.2157.2	Verbesserung der Lebensbedingungen in Ammans Armutsgebieten	Jordanien
5	2015.2210.1	Verkehr, Mobilität, Logistik	Namibia
6	2016.2016.0	DKTI – Nachhaltige Mobilität in Sekundärstädten	Peru
7	2017.2026.7	Offener Regionalfonds Südosteuropa – Energieeffizienz – Komponente Urbane Mobilität	Balkan regional
8	2017.2015.0	Politikberatung in der Kommunal- und Stadtentwicklung – C40 Finance Facility	Sektorvorhaben
9	2013.2078.7	Energieeffizienz in der urbanen Mobilität	Brasilien
10	2015.2071.7	Integrierte Stadtentwicklung	Ukraine
11	2012.1003.8	Strategische Allianz: West African Transport Academy	Ghana
12	2015.2227.5	Nachhaltige Gestaltung von städtischer Mobilität in mittelgroßen Metropolregionen – SMMR	Asien NA

- b) In welchen dieser Projekte wird das Ziel des Gender Mainstreamings umgesetzt?

Von den oben genannten Projekten wird das Ziel des Gender Mainstreamings (jeweils GG1-Kennung) in den Vorhaben 1 (Sektorvorhaben), 4 (Jordanien), 5 (Namibia), 6 (Peru) und 12 (Asien NA) verfolgt.

52. a) Welche vom BMZ finanzierten Projekte wirken auf das im SDG 11.7 formulierte Ziel der Verbesserung des Zugangs zu Grünflächen und öffentlichen Räumen hin (bitte einzeln nennen)?

Folgende Vorhaben wirken auf das im SDG 11.7 formulierte Ziel der Verbesserung des Zugangs zu Grünflächen und öffentlichen Räumen ein:

Nr.	Projektnummer	Projekttitle	Land
1	2016.2157.2	Pilotvorhaben zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Ammans Armutsgebieten	Jordanien
2	2014.2160.1	Nachhaltige Mittelstädte (Ciudades Intermedias Sostenibles)	Ecuador
3	2014.2082.7	Gewaltpräventionsprogramm (Violence Prevention Programme)	Südafrika

- b) In welchen dieser Projekte wird das Ziel des Gender Mainstreamings umgesetzt?

Alle drei Vorhaben haben eine GG-1-Kennung.

Überwindung der Mehrfachdiskriminierung

53. Wie genau definiert die Bundesregierung den Schwerpunkt „Überwindung von Mehrfachdiskriminierungen“?

Insbesondere Frauen und Mädchen sind durch Mehrfachdiskriminierungen aufgrund von Geschlecht, Religion, ethnischer Zugehörigkeit, Hautfarbe, sexueller Orientierung, Behinderung und Alter besonderen Risiken ausgesetzt. Damit ist Gender mit anderen Variablen sozialer, politischer, rechtlicher oder kultureller Marginalisierung eng verschränkt. Eine Geschlechterorientierung trägt zur Überwindung dieser Mehrfachdiskriminierungen bei. Dies bedeutet, dass in der Entwicklungspolitik alle gesellschaftlichen Gruppen einbezogen und die Zielgruppen bzw. beteiligten Akteurinnen und Akteure der Maßnahmen differenziert betrachtet werden. Dies ist eine Grundvoraussetzung für entwicklungspolitische Programme, die sozialen Wandel und Demokratisierung unterstützen sollen.

54. Plant die Bundesregierung die Beibehaltung des Themengebiets „Überwindung der Mehrfachdiskriminierung“ als Schwerpunkt?

Der „Entwicklungspolitische Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter 2016 bis 2020 (GAP II)“ enthält neben den Schwerpunkten auch sektorübergreifende Handlungsfelder wie die Überwindung von Mehrfachdiskriminierung. Die Road Maps zur Umsetzung des GAP II greifen jedes Jahr ein sektorübergreifendes Handlungsfeld zusätzlich zu den thematischen Schwerpunkten auf und weisen dieses als zusätzlichen Schwerpunkt aus. Für die Road Map 2019 ist der Schwerpunkt Entwicklungsfinanzierung vorgesehen. Eine Zuordnung von Maßnahmen, die der Überwindung von Mehrfachdiskriminierung beitragen, wird jedoch weiterhin erfolgen.

55. Welche Projekte ordnet die Bundesregierung dem Schwerpunkt zu?

Die deutlich komplexer gewordene Realität der Geschlechterverhältnisse erfordert eine regelmäßige Überprüfung der Relevanz und Effektivität aller Maßnahmen. Nur so decken sie nicht nur kurzfristig praktische Bedürfnisse, sondern tragen auch zum gezielten Abbau von Mehrfachdiskriminierungen und strukturellen Ungleichheiten zwischen Geschlechtern bei. Die Bundesregierung ordnet dem Schwerpunkt unter anderem die folgenden Projekte zu:

- In Kambodscha unterstützt das BMZ Maßnahmen, die – im Rahmen der Versorgung von Müttern und Neugeborenen – speziell die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen berücksichtigen. Bereits bestehende Trainingsmaßnahmen zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte wurden 2018 in Zusammenarbeit mit Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen überarbeitet. Dadurch konnten die Inhalte an die speziellen Bedürfnisse dieser Zielgruppe angepasst werden.

- Auf dem Westbalkan setzt sich ein Vorhaben dafür ein, dass Angehörige von Minderheiten (vor allem Roma, Binnenvertriebene, Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen und Migranten, Geflüchtete, ebenso wie Frauen und Mädchen) ihre sozialen Rechte einfordern können. So haben 2018 in Pilotgemeinden im Kosovo alle staatlichen und nichtstaatlichen Projektpartner, die soziale Dienstleistungen anbieten, ein spezielles Gender Training erhalten. Insgesamt stehen für die Umsetzung des Projekts 7,9 Mio. Euro zur Verfügung.
- Ein Projekt von Help Age zur Förderung der Menschenrechte älterer Menschen und Frauen in Moldawien unterstützt staatliche und nichtstaatliche Organisationen dabei, ihre Schutz- und Hilfsmechanismen zu verbessern, damit besonders ältere Frauen, die Opfer von Missbrauch und Gewalt wurden, besser geschützt und beraten werden. Das Fördervolumen beträgt rd. 500 000 Euro.
- Das Projekt zur HIV/AIDS-Beratung und Institutionenförderung in der Ukraine umfasst Schulungen für Trainer/innen, die Sexualerziehungsunterricht in Schulen anbieten. Themen wie Toleranz gegenüber verschiedenen sexuellen Orientierungen und Geschlechteridentitäten sowie traditionellen Geschlechterrollen sind Bestandteil der Kurse.
- Seit 2014 fördert das BMZ das regionale Masakhane-Projekt der Coalition of African Lesbians und des Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD). Ziel ist die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Handlungsfähigkeit im Kontext sexueller Orientierung und Geschlechteridentität in Botswana, Namibia, Sambia und Zimbabwe. Die Fortsetzung des Projekts wird aktuell geprüft.

GG1- und GG2-gekennzeichnete Projekte

56. Wie viele aus Mitteln des BMZ finanzierte Projekte verfügten in den Jahren 2014 bis 2018 über eine GG1-Kennung (bitte die Antwort einzeln nach Jahren und Sektoren aufschlüsseln)?

Zusagen für Projekte mit GG1-Kennung in den Jahren 2014 – 2018:

Zusagen für GG1-Projekte in Mio. EUR nach Förderbereichen										
Förderbereich	2014		2015		2016		2017		2018	
	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%
Bildung	226.348.691,77	10,73	340.398.138,43	13,96	310.420.173,16	16,17	354.745.542,44	14,50	214.109.172,65	13,58
Gesundheitswesen	136.900.000,00	6,49	206.023.951,44	8,45	169.647.784,80	8,84	195.515.000,00	7,99	100.736.240,26	6,39
Bev.Pol./Programme u. reprod. Gesundheit	64.635.579,34	3,06	74.014.345,12	3,04	111.125.328,68	5,79	63.645.410,00	2,60	50.800.283,59	3,22
Wassersektorpolitik und -verwaltung	196.165.848,76	9,30	310.346.812,89	12,73	84.822.089,92	4,42	152.268.880,15	6,22	162.718.696,93	10,32
Staat und Zivilgesellschaft	388.549.954,50	18,42	329.519.523,96	13,52	379.235.606,48	19,75	390.286.102,93	15,95	254.833.066,01	16,16
Sonstige soz. Infrastruktur u. Dienste	63.220.747,81	3,00	42.646.451,62	1,75	41.214.983,75	2,15	159.753.413,73	6,53	55.173.298,12	3,50
Transport und Lagerhaltung	11.523.560,65	0,55	82.399.529,71	3,38	19.400.000,00	1,01	19.011.961,63	0,78	10.653.236,39	0,68
Kommunikation	5.700.795,00	0,27	1.000.000,00	0,04	611.599,23	0,03	7.000.000,00	0,29	2.400.000,00	0,15

Zusagen für GG1-Projekte in Mio. EUR nach Förderbereichen										
Förderbereich	2014		2015		2016		2017		2018	
	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%
Energieerzeugung und -versorgung	59.808.250,83	2,83	49.236.330,19	2,02	93.203.670,92	4,85	149.726.161,51	6,12	65.389.219,13	4,15
Finanzwesen	139.891.885,40	6,63	85.699.780,87	3,52	111.781.784,79	5,82	59.351.076,27	2,43	46.336.572,27	2,94
Privatwirtschaftliche und andere Dienste	86.920.554,66	4,12	65.181.950,62	2,67	111.456.821,03	5,80	118.143.381,36	4,83	106.788.831,84	6,77
Landwirtsch., Forstwirtsch., Fischereiwesen	196.330.262,39	9,31	188.483.595,13	7,73	126.731.552,22	6,60	153.551.492,46	6,28	94.139.751,31	5,97
Industrie, Bodenschätze u. Bergbau	9.241.898,01	0,44	22.622.180,33	0,93	29.759.223,18	1,55	25.300.000,00	1,03	12.198.375,53	0,77
Handel und Tourismus	15.470.000,00	0,73	30.960.000,00	1,27	30.018.731,46	1,56	16.269.491,91	0,67	21.500.000,00	1,36
Umweltschutz allgemein	236.855.662,18	11,23	223.810.740,62	9,18	121.098.786,05	6,31	251.106.333,64	10,26	211.931.829,17	13,44
Andere multi-sektorale Maßnahmen	160.200.079,29	7,59	228.470.810,83	9,37	141.023.935,45	7,34	247.130.602,02	10,10	143.412.273,31	9,09
Strukturanpassungshilfe mit WB und IWF	2.000.000,00	0,09	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Nahrungsmittel-/Hilfe z. Ernährungssicherung	21.700.000,00	1,03	14.000.000,00	0,57	0,00	0,00	55.000.000,00	2,25	0,00	0,00
Sonstige allg. Programm u. Warenhilfen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Schuldenerleichterung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Not- und Soforthilfe	55.000.000,00	2,61	55.000.000,00	2,26	7.500.000,00	0,39	0,00	0,00	0,00	0,00
Wiederaufbauhilfe	24.500.000,00	1,16	68.000.000,00	2,79	26.750.000,00	1,39	27.000.000,00	1,10	17.700.000,00	1,12
Katastrophenprävention und -vorsorge	0,00	0,00	18.000.000,00	0,74	32.166,88	0,00	0,00	0,00	5.000.000,00	0,32
Verwaltungskosten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Unterstützung von NRO	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Nicht zuordenbare Maßnahmen	8.775.000,00	0,42	2.000.000,00	0,08	4.300.000,00	0,22	1.600.000,00	0,07	1.100.000,00	0,07
	2.109.738.770,59	100,00	2.437.814.141,76	100,00	1.920.134.238,00	100,00	2.446.404.850,05	100,00	1.576.920.846,51	100,00

57. Über wie viel finanzielle Mittel verfügten die einzelnen GG1-Projekte in den Jahren 2014 bis 2018 (bitte die Antwort einzeln nach Projekten, Sektoren und Jahren aufschlüsseln)?

Auf die Anlage B (FZ-Projekte mit GG1-Kennung in den Jahren 2014 bis 2018) und Anlage D (TZ-Projekte mit GG1-Kennung in den Jahren 2014 bis 2018) wird verwiesen.

58. Inwiefern stellt die Bundesregierung sicher, dass Projekte mit GG1-Kennung einen wirklichen Beitrag zur Gendergerechtigkeit liefern?

Per Definition sind Projekte, die die Kennung GG1 erhalten, Projekte, bei denen die Gleichberechtigung der Geschlechter ein Nebenziel der Maßnahme ist. Dieses wird in der Regel durch einen Indikator auf Ebene des Modulziels nachgehalten.

So haben die meisten Projekte mit einer GG1-Kennung einen Indikator, der den Beitrag zur Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter abbildet. Weiterhin wird in den Zwischen- und Abschlussberichten der Projekte über Maßnahmen berichtet, die dies unterstützen.

59. Inwiefern werden Projekte mit GG1-Kennung mit zusätzlichen finanziellen Mitteln ausgestattet, um die Durchführung der Gendergerechtigkeitsziele sicherzustellen?

Bei einigen GG1-Projekten lassen sich die bereitgestellten Mittel spezifischen Aktivitäten zur Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter zuordnen, andere haben einen Mainstreaming-Ansatz, dessen Mittel sich nicht spezifisch zuordnen lassen. Die Sicherstellung der Umsetzung der Ziele zur Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter erfolgt durch Indikatoren.

60. Wie viele aus Mitteln des BMZ finanzierte Projekte verfügten in den Jahren 2014 bis 2018 über eine GG2-Kennung (Antwort bitte einzeln nach Jahren und Sektoren aufschlüsseln)?

Auf die nachfolgende Tabelle: Zusagen für Projekte mit GG2-Kennung in den Jahren 2014 bis 2018 wird verwiesen.

Zusagen für Projekte mit GG2-Kennung in den Jahren 2014 – 2018

Zusagen für GG2-Projekte in Mio. EUR nach Förderbereichen										
Förderbereich	2014		2015		2016		2017		2018	
	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%
Bildung	20.000.000,00	26,51	0,00	0,00	14.000.000,00	18,71	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesundheitswesen	0,00	0,00	3.000.000,00	7,77	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Bev.Pol./Programme u. reprod. Gesundheit	46.340.019,33	61,43	19.500.000,00	50,53	42.500.000,00	56,80	19.000.000,00	34,33	15.400.000,00	44,77
Wassersektorpolitik und -verwaltung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Staat und Zivilgesellschaft	9.098.046,87	12,06	11.093.297,89	28,74	15.926.562,00	21,28	19.344.119,43	34,95	19.000.000,00	55,23
Sonstige soz. Infrastruktur u. Dienste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Transport und Lagerhaltung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Kommunikation	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Energieerzeugung und -versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzwesen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Privatwirtschaftliche und andere Dienste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Landwirtsch., Forstwirtsch., Fischereiwesen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Industrie, Bodenschätze u. Bergbau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Handel und Tourismus	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Umweltschutz allgemein	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Andere multisektorale Maßnahmen	0,00	0,00	5.000.000,00	12,96	2.400.000,00	3,21	10.000.000,00	18,07	0,00	0,00
Strukturanpassungshilfe mit WB und IWF	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Nahrungsmittel./Hilfe z. Ernährungssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige allg. Programm u. Warenhilfen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Schuldenerleichterung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Not- und Soforthilfe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Wiederaufbauhilfe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.000.000,00	12,65	0,00	0,00
Katastrophenprävention und -vorsorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verwaltungskosten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Unterstützung von NRO	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Nicht zuordenbare Maßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	75.438.066,20	100,00	38.593.297,89	100,00	74.826.562,00	100,00	55.344.119,43	100,00	34.400.000,00	100,00

61. Über wie viel finanzielle Mittel verfügten die einzelnen GG2-Projekte in den Jahren 2014 bis 2018 (Antwort bitte einzeln nach Projekten, Sektoren und Jahren aufschlüsseln)?

Auf die Anlage C (FZ-Projekte mit GG2 Kennung in den Jahren 2014 bis 2018) und Anlage E (TZ-Projekte mit GG2- Kennung in den Jahren 2014 bis 2018) wird verwiesen.

62. a) Plant die Bundesregierung, den prozentualen Anteil von Projekten mit GG2-Kennung zu erhöhen?
b) Wenn nein, weshalb nicht?

Vorhaben mit der Kennung GG2 haben ein besonderes Potential, das Geschlechterverhältnis zu transformieren. Dies ist Ziel von SDG 5 der Agenda 2030, der sich die Bundesregierung verpflichtet hat. Daher wird mittelfristig eine Erhöhung des GG2-Portfolios angestrebt. So ist derzeit beispielsweise ein GG2-Projekt im Irak in Planung, weitere Projekte sind zu prüfen.

63. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit für mehr GG1- und GG2-Projekte sowie zusätzlicher finanzieller Mittel für Genderaspekte seit des Inkrafttretens der Global Gag Rule?

Bisher liegen keine gesicherten Erkenntnisse zu den konkreten Auswirkungen der Mexico City Policy (MCP)/Global Gag Rule vor. Finanzierungsverträge, die bereits vor der Einführung der MCP abgeschlossen worden sind, sind von den Regelungen der MCP nicht betroffen. Ausländische Nichtregierungsorganisationen müssen sich erst entscheiden, ob sie sich der MCP unterwerfen, wenn neue Finanzierungsverträge abgeschlossen oder laufende Finanzierungsverträge erneuert oder geändert werden müssen.

Unabhängig von der MCP vertritt die Bundesregierung die Ansicht, dass u. a. über GG1- und GG2-Projekte gezielte Investitionen in die Gleichstellung der Geschlechter notwendig sind.

64. Wie viele Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit haben Familienplanung und sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte als Schwerpunkt (bitte nach Projekten, Partnerländern und Laufzeit aufschlüsseln)?

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat im Rahmen der Technischen und Finanziellen Zusammenarbeit 74 laufende Projekte (mit 21 Ländern und zwei Regionalorganisationen) mit Schwerpunkt Familienplanung und sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (auf Anlage E wird verwiesen).

Messung der Umsetzung der Ziele des Gender Aktionsplans

65. Wie möchte die Bundesregierung ihrem im GAP II formulierten Ziel von messbaren Fortschritten von Geschlechtergerechtigkeit gerecht werden und die Messung konkret durchführen?

Die Umsetzung des GAP II erfolgt durch verschiedene Einheiten des BMZ, die Durchführungsorganisationen sowie die Zivilgesellschaft im Rahmen einer Multi-Stakeholder Partnerschaft. Jährlich rollierende Road Maps setzen den Aktionsplan um und werden in enger Abstimmung mit allen Beteiligten entwickelt. Die Road Maps benennen Schwerpunkte mit Aktivitäten zu deren Umsetzung. Diesen Aktivitäten sind konkret zu erreichende Indikatoren – sogenannte Meilensteine und Leuchttürme – zugeordnet.

Die Indikatoren der jährlichen Road Maps werden den übergeordneten, strategischen Zielen des GAP II zugeordnet. Damit kann überprüft werden, zu welchen strategischen Zielen und Maßnahmen des GAP II die Aktivitäten sowie Meilensteine und Leuchttürme der jährlichen Road Maps beitragen.

Zur Überprüfung der Beiträge aus den Road Maps findet eine jährliche Abfrage der erreichten Wirkungen und Fortschritte im BMZ sowie den beteiligten Organisationen der Zivilgesellschaft statt. Die Ergebnisse werden in einem Bericht veröffentlicht, der darstellt, inwieweit die geplanten Maßnahmen umgesetzt wurden und ob und in welchem Maße diese zur Erreichung der strategischen Ziele des GAP II beigetragen haben. Dazu wurde unter Einbeziehung aller Akteure (BMZ, Durchführungsorganisationen und Zivilgesellschaft) ein Monitoringsystem entwickelt, das es ermöglicht, Umsetzungsstand und Wirkung der durchgeführten Aktivitäten zu erfassen und darzustellen.

66. a) Gedenkt die Bundesregierung Indikatoren zur Messung der im GAP II formulierten strategischen Ziele zu erstellen?
- b) Wenn ja, welche?
- c) Wenn ja, anhand welcher Kriterien wurden die Indikatoren aufgestellt?
- d) Wenn nein, mit welcher Begründung wird eine solche Fortschrittsmessung unterlassen?

Die Fragen 66a bis 66d werden gemeinsam beantwortet.

Zur Messung der im GAP II formulierten strategischen Ziele werden keine eigenen Indikatoren aufgestellt. Die Umsetzung erfolgt durch die Aktivitäten in den Road Maps, deren Umsetzungsstatus jährlich überprüft wird. Auf die Antwort zu Frage 65 wird verwiesen.

- e) Plant die Bundesregierung die Einführung eines wirkungsorientierten Monitoringsystems?

Es wurde unter Einbeziehung aller Akteure (BMZ, Durchführungsorganisationen und Zivilgesellschaft) ein geeignetes Monitoringsystem entwickelt, welches es ermöglicht, Umsetzungsstand und Wirkung der durchgeführten Aktivitäten zu erfassen und darzustellen. Auf die Antwort zu Frage 65 wird verwiesen.

Zukunft des Gender Aktionsplans

67. Plant die Bundesregierung einen Bericht über den Gesamterfolg des GAP II vorzulegen?

Zum Laufzeitende des „Entwicklungspolitischen Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter 2016 bis 2020 (GAP II)“ ist eine Überprüfung der Umsetzung und Wirksamkeit des Aktionsplans durch ein externes Gutachten vorgesehen.

68. a) Plant die Bundesregierung für den Zeitraum nach 2020 erneut einen Gender Aktionsplan?

Es wird aktuell geprüft, ob es einen weiteren Gender-Aktionsplan geben wird.

- b) Wenn ja, inwiefern wird sichergestellt, dass die Erkenntnisse über notwendige Veränderungen aus dem Bericht über den Gender Aktionsplan 2016 – 2020 eingepflegt werden?

Für den Fall, dass es einen neuen Gender Aktionsplan gibt, werden die Ergebnisse der externen Evaluation in der Erstellung berücksichtigt.

69. Plant die Bundesregierung, Nichtregierungsorganisationen in die Erstellung eines etwaigen neuen Gender Aktionsplans miteinzubeziehen?

Sollte es einen weiteren Gender-Aktionsplan geben, werden Nichtregierungsorganisationen in dessen Erstellung einbezogen – analog der Erstellung des „Entwicklungspolitischen Aktionsplans zur Gleichberechtigung der Geschlechter 2016-2020 (GAP II)“.

70. a) Kann die Bundesregierung bereits Schlüsse aus Teilen der Antwort zu Frage 67 hinsichtlich einer möglichen Weiterentwicklung des Gender Aktionsplans nach 2020 ziehen?
b) Wenn ja, welche?

Nein.

71. Plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Ankündigung der kanadischen Regierung, ihren Anteil der EZ-Gelder für Projekte und Aktivitäten, die einen direkten Bezug zur Förderung der Gendergerechtigkeit beinhalten, bis zum Jahr 2020 von derzeit 2 Prozent auf 15 Prozent zu steigern (http://international.gc.ca/world-monde/issues_development-enjeux_developpement/priorities-priorites/policy-politique.aspx?lang=eng), den Anteil deutscher EZ-Gelder für Projekte mit ausdrücklichem Bezug zur Förderung der Gendergerechtigkeit zu erhöhen?

Wenn ja, auf welche Quote?

Wenn nein, wie hoch ist die Quote derzeit?

Sowohl nominal als auch prozentual wird perspektivisch eine Erhöhung des GG2-Portfolios angestrebt.

72. Welche neuen Entwicklungen gibt es hinsichtlich der Antwort der Bundesregierung zu Frage 9 auf Bundestagsdrucksache 19/3010, die eine Abwägung eines Beitritts der Bundesregierung zur „She-decides-Initiative“ beinhaltet?

Die Bundesregierung hat entschieden, die Initiative SheDecides politisch zu unterstützen.

73. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass das Ziel des Gender Mainstreaming in den vom BMZ veröffentlichten Strategiepapieren und Initiativen verankert wird?

Die Verankerung einer Gender-Perspektive in alle BMZ Länder- und Sektorstrategien ist ein zentrales Instrument in der Umsetzung des Gleichbegriffungskonzeptes des BMZ und ist im „Entwicklungspolitischen Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter 2016 bis 2020 (GAP II)“ als solches festgelegt.

Anlage A zu Frage 50

Vorhaben mit explizit effektiver Planungs- und Managementkapazitäten im Bereich des

*Projekt-nummer	Projektbezeichnung, deutsch	Partnerland	GG-Kennung	KLM-Kennung	KLA-Kennung	Projektwert ("Auftragswert")
1995.3517.0	Integrierte Fachkraft im Department of Heritage (DOH) des Ministry of Information, Culture and Tourism (MICT)	Laos	G1	1	1	175.000,00
1995.3545.1	Anpassung an den Klimawandel im Einzugsgebiet des Rio Buzi	Mosambik	G1	0	1	200.000,00
1995.3557.6	Umsetzung der Sahel-Allianz in der EZ	Mali	G1	1	1	200.000,00
1995.3565.9	Unterstützung der Erarbeitung des Agrarinvestitionsprogramms PNIASA2	Togo	G1	0	1	55.000,00
2001.3501.2	Prüfung- Energieeffizienz und Integration von Solarenergie ins Netz (DKTI)	Bangladesch	G1	2	0	164.566,56
2001.3501.2	Studie zu Chancen und Risiken der deutschen EZ zur Arbeit in bangladeschischen Sonderwirtschaftszonen	Bangladesch	G1	1	1	66.200,00
2001.3501.2	Unterstützung bei der Umsetzung der nationalen Anpassungspläne und der nationalen Klimaschutzbeiträge in Bangladesch	Bangladesch	G1	0	2	123.970,00
2009.2231.0	Biodiversitätsförderung	Jemen	G1	1	1	6.000.000,00
2011.9015.6	Innovative Entwicklungsplanung zur Anpassung an den Klimawandel in Mali	Mali	G1	0	2	3.150.000,00
2011.9203.8	Programm zur Umsetzung der Nationalen Klimaanpassungsstrategie	Mali	G1	0	2	4.906.000,00
2011.9833.2	Anpassung landwirtschaftlicher Anbaumethoden der Karimojong an den Klimawandel in der Subregion Karamoja	Uganda	G1	0	2	4.830.000,00

Anlage A zu Frage 50

Vorhaben mit explizit effektiver Planungs- und Managementkapazitäten im Bereich des

		Klimawandels				
2012.2097.9	Programm erneuerbare Energie und Energieeffizienz	Bangladesch	G1	2	0	10.000.000,00
2012.9750.6	Verringerung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Verfügbarkeit von Wasser- und Bodenressourcen	Burundi	G1	0	2	6.000.001,00
2012.9752.2	Erosionsschutz, Rückgewinnung und Inwertsetzung degradierter Flächen	Burkina Faso	G1	0	2	6.000.000,00
2012.9761.3	Entwicklung von Kapazitäten zur Stärkung der Dürre-resilienz der (agro-)pastoralen Bevölkerung im Tiefland von Äthiopien	Äthiopien	G1	0	2	9.433.333,00
2012.9766.2	Partizipative Waldbewirtschaftung(PFM)	Äthiopien	G1	1	1	3.000.000,00
2012.9830.6	Anpassung landwirtschaftlicher Anbaumethoden an den Klimawandel und Stabilisierung der Lebensgrundlagen,Südsudan	Südsudan	G1	0	2	5.300.000,00
2013.2201.5	Programm Entwicklung des Wasser- und Sanitärsektors	Uganda	G1	0	1	18.527.775,97
2013.2258.5	Förderung des Managements der Sunderbans-Mangrovenwälder für Biodiversität und verbesserte Anpassungsmöglichkeiten	Bangladesch	G1	0	1	5.000.000,00
2013.9755.3	Unterstützung von REDD+readiness und Waldrehabilitierung in Togo (ProREDD)	Togo	G1	2	0	5.000.000,00
2013.9763.7	Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel	Benin	G1	0	2	5.000.000,00
2013.9770.2	Resiliente und inklusive Stadtentwicklung	Bangladesch	G1	0	2	3.500.000,00

Anlage A zu Frage 50
Vorhaben mit explizit effektiver Planungs- und Managementkapazitäten im Bereich des

Klimawandels						
2014.1803.7	Integration von Flüchtlingen und Verbesserung der Ernährungssicherheit von ansässiger Bevölkerung u. Flüchtlingen in der ost-tschadischen Region Ouadd	Tschad	G1	0	1	10.885.000,00
2014.2006.6	Programm Nachhaltige Landbewirtschaftung	Äthiopien	G1	0	1	32.778.000,00
2014.2008.2	Erhalt der Biodiversität und nachhaltiges Management der natürlichen Lebensgrundlagen	Äthiopien	G1	1	1	16.500.000,00
2014.2009.0	Stärkung der Dürre-resilienz im äthiopischen Tiefland	Äthiopien	G1	0	2	7.500.000,00
2014.2010.8	Programm landwirtschaftliche Entwicklung	Burkina Faso	G1	1	1	7.000.000,00
2014.2014.0	Trinkwasser und Sanitärprogramm in Boucle du Mouhoun, Hauts-Bassins und Süd-West	Burkina Faso	G1	0	1	6.300.000,00
2014.2018.1	Nachhaltige Wasser- und Sanitärversorgung in Mali	Mali	G1	0	1	16.000.000,00
2014.2069.4	Programm ländliche Entwicklung und produktive Landwirtschaft - Förderung der produktiven Landwirtschaft (PROMAP)	Niger	G1	0	1	15.750.000,00
2014.2076.9	Programm für die Reform des Wassersektors	Sambia	G1	0	1	12.704.355,44
2014.2138.7	Erneuerbare Energien im ländlichen Raum	Nepal	G1	2	0	5.300.000,00
2014.2175.9	Förderung subnationaler Regierungsstrukturen	Afghanistan	G1	0	1	40.530.000,00
2014.2176.7	Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigungsförderung	Afghanistan	G1	0	1	35.000.000,00
2014.2283.1	Anpassung an den Klimawandell	Mosambik	G1	0	2	2.500.000,00
2014.2463.9	Unterstützung der Straßenverkehrsbehörden in Somalia	Somalia	G1	0	1	24.239.004,00

Anlage A zu Frage 50

Vorhaben mit explizit effektiver Planungs- und Managementkapazitäten im Bereich des

Klimawandels						
2014.3500.7	Unterstützung des Sekretariats für Rural Economic Development and Food Security (RED&FS)	Äthiopien	G1	1	1	156.000,00
2015.2085.7	Nachhaltiges Landmanagement in Somaliland	Somalia	G1	0	1	10.000.000,00
2015.2105.3	Wiederaufbauprogramm Nepal	Nepal	G1	0	1	10.067.500,00
2015.2136.8	Sektorprogramm Wasser/Abwasser (PROSECO) - Unterstützung der Wassersektorreform (RESE)	Kongo Dem. Rep.	G1	0	1	8.030.000,00
2015.2150.9	Regionale Wirtschaftsentwicklung IV	Kambodscha	G1	0	1	5.140.000,00
2015.2177.2	Unterstützung der Entwicklung des Wassersektors	Tansania	G1	0	1	9.683.945,12
2015.2180.6	Programm nachhaltiges Management natürlicher Ressourcen	Tansania	G1	0	1	6.243.444,66
2015.2181.4	Nachhaltige Nutzung erneuerbarer Energien	Tansania	G1	2	0	3.000.000,00
2015.2190.5	Beschäftigungsförderung für marginalisierte Bevölkerungsgruppen	Timor-Leste	G1	1	1	18.000.000,00
2015.2193.9	Förderung der nachhaltigen Aquakulturentwicklung	Myanmar	G1	0	1	22.250.000,00
2015.2217.6	Programm zur Förderung nachhaltiger Energien	Senegal	G1	2	0	13.760.000,00
2015.2218.4	Jugendbeschäftigungsförderung durch lokale Wirtschaftsentwicklung	Sierra Leone	G1	0	1	25.500.000,00
2015.2229.1	Biodiversitätserhalt und nachhaltige Waldbewirtschaftung	Kongo Dem. Rep.	G1	1	0	24.600.000,00
2015.2230.9	Klimaverträgliche Sanitärversorgung in peri-urbanen Gebieten von Lusaka	Sambia	G1	1	1	5.000.000,00
2015.3504.6	Klimaprüfung Kambodscha	Kambodscha	G1	1	1	51.834,67

Anlage A zu Frage 50

Vorhaben mit explizit effektiver Planungs- und Managementkapazitäten im Bereich des

Klimawandels						
2016.0116.0	Trilaterale Resilienz Erweiterung im äthiopischen Tiefland (Afar Region)	Äthiopien	G1	0	2	1.000.000,00
2016.0123.6	Verbesserung der Ernährungssicherung und des Katastrophenrisikomanagme nts zur Stärkung der Resilienz in Afar/Äthiopien	Äthiopien	G1	0	1	5.000.000,00
2016.1844.6	Stärkung d. Lebensgrundlagen vulnerabler Gemeinden in v. saisonalen Wassermangel betroffenen Regionen im Südosten Haitis	Haiti	G1	0	1	5.500.000,00
2016.1847.9	Förderung der Lebensgrundlagen durch verbesserte Tierhaltung und Landwirtschaft in der Region Saaxil in Somalia	Somalia	G1	0	1	8.000.000,00
2016.1849.5	Ernährungssicherung, Friedensförderung und Katastrophenrisikomanagem ent zur Erhöhung der Resilienz im Tschad	Tschad	G1	0	1	23.700.000,00
2016.2009.5	Schutz und nachhaltige Nutzung von Waldökosystemen und Biodiversität	Laos	G1	1	1	4.678.208,04
2016.2036.8	Unterstützung des nationalen Programms für nachhaltige Kleinbewässerungslandwirts chaft (PASSIP)	Mali	G1	0	1	28.674.118,00
2016.2045.9	Förderung von Inselnetzen zur ländlichen Elektrifizierung	Uganda	G1	2	0	6.200.000,00
2016.2055.8	Institutionelle Entwicklung des Wassersektors III - Sicherstellung der Grundversorgung	Jemen	G1	0	1	9.000.000,00
2016.2071.5	Programm Erneuerbare Energie und Energieeffizienz	Bangladesch	G1	2	0	200.000,00

Anlage A zu Frage 50

Vorhaben mit explizit effektiver Planungs- und Managementkapazitäten im Bereich des

		Klimawandels				
2016.2111.9	Stärkung ressourcenschonender Wasser- und Sanitärversorgung	Uganda	G1	0	2	11.175.505,84
2016.2112.7	Programm Förderung Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz	Uganda	G1	2	0	3.200.000,00
2016.2115.0	Stärkung ländlicher Entwicklung in Norduganda	Uganda	G1	0	1	4.520.000,00
2016.2142.4	Dezentrale Energieversorgung	Togo	G1	2	0	6.000.000,00
2016.2143.2	Gesundheitssystemstärkung - Sexuelle und Reproduktive Gesundheit und Rechte	Togo	G1	0	1	6.000.000,00
2016.2192.9	Landmanagement und Dezentrale Planung	Laos	G1	0	1	2.400.000,00
2016.2198.6	Programm Wasser und Sanitärversorgung	Benin	G1	0	1	11.770.000,00
2016.2199.4	Programm zur Unterstützung der Dezentralisierung und Kommunalentwicklung (PDDC) Phase V	Benin	G1	0	1	15.500.000,00
2016.2200.0	Förderung der Landwirtschaft	Benin	G1	0	1	10.000.000,00
2016.2207.5	Initiative für nachhaltige Agrarentwicklung und Lebensmittelqualität	Myanmar	G1	0	1	5.000.000,00
2016.2214.1	Programm zur Unterstützung des sambischen Dezentralisierungsprozesses	Sambia	G1	0	1	6.220.000,00
2016.2220.8	Erfolgreich im Senegal	Senegal	G1	1	0	27.600.000,00
2016.2249.7	Unterstützung bei der Umsetzung der nationalen Anpassungspläne und der nationalen Klimaschutzbeiträge	Bangladesch	G1	0	2	3.000.000,00
2017.1800.6	Mittelfristige Übergangshilfe für Flutopfer im Norden von Bangladesch	Bangladesch	G1	0	1	600.000,00

Anlage A zu Frage 50
Vorhaben mit explizit effektiver Planungs- und Managementkapazitäten im Bereich des

		Klimawandels				
2017.1813.9	Ernährungssicherung und Erhöhung der Resilienz von Flüchtlingen und ansässiger Bevölkerung in Ouaddai, Ost-Tschad	Tschad	G1	0	1	3.200.000,00
2017.2018.4	Partizipatives Management von Meeres-, Küsten- und Landressourcen	Mauretanien	G1	0	1	5.500.000,00
2017.2021.8	Sektorprogramm Wasser- und Sanitärversorgung	Burundi	G1	0	1	12.000.000,00
2017.2068.9	Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigungsförderung	Afghanistan	G1	0	1	11.000.000,00
2017.2093.7	Programm ländliche Entwicklung u. produktive Landwirtschaft - Förderung der produktiven Landwirtschaft(PromAP), Phase II	Niger	G1	0	1	18.500.000,00
2017.2118.2	Unterstützung der Umsetzung sozialer Sicherung von absolut Armen	Malawi	G1	0	1	8.010.000,00
2017.2147.1	Programm Nachhaltige Landbewirtschaftung	Äthiopien	G1	0	1	13.000.000,00
2017.2165.3	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit Ländercluster	Sudan	G1	1	1	2.500.000,00
2017.2177.8	Unterstützung von Flüchtlingen und aufnehmenden Gemeinden in Uganda	Uganda	G2	0	1	20.000.000,00
2017.4048.9	Sudan - Ernährungssicherung für Flüchtlinge und anliegende Gemeinden in Gedaref und Kassala State	Sudan	G1	0	1	5.000.000,00
2017.4066.1	Städtisches Management klimawandelbedingter Binnenmigration	Bangladesch	G1	0	2	15.000.000,00
2017.9079.9	Beitrag zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktivität in Äthiopien	Äthiopien	G1	0	1	4.800.000,00
2018.1866.5	COM NORD - Integrierte Kommunalentwicklung im nördlichen Tschad	Tschad	G1	0	1	5.000.000,00

Anlage A zu Frage 50
Vorhaben mit explizit effektiver Planungs- und Managementkapazitäten im Bereich des

		Klimawandels				
2018.2018.2	Hochschulprogramm zu erneuerbarer Energie und Energieeffizienz	Senegal	G1	1	0	200.000,00
2018.2054.7	Nachhaltiges Wasser- und Bodenmanagement zur Ernährungssicherung in katastrophengefährdeten Gebieten	Burundi	G1	0	2	5.000.000,00
2018.4951.2	Wasser- und Sanitärversorgung für Flüchtlingssiedlungen und aufnehmende Gemeinden im Norden Ugandas	Uganda	G1	0	1	5.000.000,00
2018.9201.7	Clusterkoordination Grüner Sektor Benin	Benin	G1	1	1	120.000,00

Legende:

Für die in der Anlage aufgeführten Vorhaben, die Planungs- und Managementkapazitäten im Bereich des Klimawandels in vulnerablen Partnerländern (LDCs, SIDSs) unterstützen, erfolgt die Darstellung anhand folgender Kriterien, die aus den OECD/DAC (Entwicklungshilfeausschuss der OECD) -Kennungen abgeleitet sind:

Im Bereich Klimaschutz (Mitigation): „KLM 2“: die Maßnahme fördert Klimaschutz als ein Hauptziel; „KLM 1“: die Maßnahme trägt auch zur Bekämpfung des Klimawandels bei, jedoch nicht überwiegend(Nebenziel). Die Kennung 0 wird dann vergeben, wenn die Maßnahmen nicht signifikant zum Klimaschutz beitragen.

Die im Folgenden genannten Maßnahmen betreffen insbesondere die Integration der Thematik „Minderung von Treibhausgasen“ in die Entwicklungsziele der Empfängerländer durch Institutionenaufbau, Kapazitätsentwicklung, Stärkung der ordnungspolitischen oder politischen Rahmenbedingungen oder z.B. Forschung sowie Unterstützung der Bemühungen der Entwicklungsländer um die Erfüllung ihrer eingegangenen minderungsrelevanten Verpflichtungen im Rahmen der Klimarahmenkonvention.

Im Bereich Anpassung an den Klimawandel (KLA 2 bzw. 1) tragen die Maßnahmen entsprechend auf Haupt- oder Nebenzielebene zur Anpassung an den Klimawandel bei. Es geht also um die Stärkung von Kapazitäten, die wichtig sind für den Anpassungsprozess bzw. die Steigerung der menschlichen Entwicklung, die unmittelbar nützlich für die Anpassung ist, also z.B. im Hinblick auf die Eindämmung bzw. Bewältigung von expliziten Klimarisiken sowie der Bewältigung von Folgen des Klimawandels.

Stand: 17.12.2018

Anlage B zu Frage 57
FZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2014

E-Land	BMZ-Nr.	Förderbereich	Vorhabenbezeichnung	FZ-Zusage
EAC	201367317	11120	Aufbau einer Fakultät für Medien und Kommunikation für Studierende aus den fünf EAC-Ländern	14.000.000,00
Guatemala	200967125	11230	Friedliches Zusammenleben und sichere Räume für Jugendliche in	9.000.000,00
Äthiopien	201467125	11330	FZ-Programm Berufsbildung und landwirtschaftliche Ausbildung	30.000.000,00
AU	201366673	11420	Pan-afrikanische Universität (PAU)	20.000.000,00
CEMAC	201366517	13020	HIV-AIDS-Prävention in Zentralafrika IV	15.000.000,00
Afghanistan	201467653	15111	ARTF XIV	40.000.000,00
Kongo, Demokratische Republik	200765107	15220	Unterstützung der Reintegration von Ex-Kombattanten und Flüchtlingen II	8.900.000,00
Kongo, Demokratische Republik	201365477	15220	Friedensfonds VI	6.100.000,00
Aserbaidschan	201468909	24030	EFSE Aserbaidschan Ländliches Kreditwesen (THB) Phase I und II	4.500.000,00
Bolivien	201465301	24030	Länderübergreifende MFI-Refinanzierungsfazilität zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen - Bolivien	6.000.000,00
FZ mit Regionen - Titel 89601	201136605	24030	Weiterentwicklung der Mikrofinanzinitiative für Sub-Sahara Afrika BM	1.700.000,00
FZ mit Regionen - Titel 89601	201236629	24030	MIFA Asia Debt Fund- Begleitmaßnahme	1.000.000,00
FZ mit Regionen - Titel 89601	201336569	24030	Weiterentwicklung der Mikrofinanzinitiative für Sub-Sahara Afrika (MIFSSA II)	595.824,91
FZ mit Regionen - Titel 89601	201436542	24030	Weiterentwicklung der Mikrofinanzinitiative für Sub-Sahara Afrika (MIFSSA II, 4. Tranche) - Investition	8.000.000,00
FZ mit Regionen - Titel 89601	201436591	24030	MENA-Regionalfonds für KKMU-Finanzierung II (SANAD)	6.000.000,00
FZ mit Regionen - Titel 89601	201436625	24030	Erweiterung MIFA Debt Fund	7.000.000,00
FZ mit Regionen - Titel 89601	201436641	24030	Länderübergreifende MFI-Refinanzierungsfazilität zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen (MEF) III	19.000.000,00
Georgien	201366301	24030	Programm Agrarfinanzierung (Treuhandbeteiligung) Phase II	5.000.000,00

Stand: 17.12.2018

Anlage B zu Frage 57
FZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2014

Kenia	201465285	24030	Länderübergreifende MFI-Refinanzierungsfazilität zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen (Phase III)	6.000.000,00
Kirgisistan	201465269	24030	Länderübergreifende MFI-Refinanzierungsfazilität zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen - Kirgisistan (2. THB)	4.000.000,00
Kirgisistan	201465293	24030	Länderübergreifende MFI-Refinanzierungsfazilität zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen in Kirgisistan	3.000.000,00
Kongo, Demokratische Republik	200566364	24030	Gründung einer Mikrofinanzbank in der DR Kongo (Treuhandmittel)	750.000,00
Kongo, Demokratische Republik	201266865	24030	Sektorprogramm Mikrofinanz III	9.700.000,00
Laos	200865220	24030	Mikrofinanzdienstleistungen im ländlichen Raum - Access to finance for the poor	3.000.000,00
Burkina Faso	201366566	31120	Kleinbewässerung im Großraum West	11.000.000,00
Kenia	201065846	31120	Privatsektorförderung in der Landwirtschaft-Bewässerung Lower Nzoia I	15.000.000,00
Madagaskar	200765370	31130	Erosionsschutzprogramm III / PLAE III	5.000.000,00
Bolivien	200666040	31140	Nationales Bewässerungsprogramm SIRIC II	5.000.000,00
Bolivien	200770164	31140	Nationales Bewässerungsprogramm SIRIC II - Begleitmaßnahme	1.000.000,00
Bolivien	201367374	31140	Bewässerungsprogramm Wasser und Klimawandel II	6.000.000,00
Bolivien	201370360	31140	Bewässerungsprogramm Wasser und Klimawandel (BM)	2.000.000,00
Indonesien	201166255	31210	Forstprogramm II (REDD+)	23.000.000,00
Benin	201065762	41030	Treuhandfonds Pendjaripark	13.900.000,00
China (VR)	201166677	41030	Biodiversität und natürliche Ressourcen	4.148.707,89
Ecuador	200966846	41030	Programm Waldschutz (Sociobosque) und REDD	10.000.000,00
FZ mit Regionen - Titel 89601	201336551	41030	KMU Fonds für naturschutzrelevante Privatinvestitionen	18.000.000,00
Guatemala	201067164	41030	Verbesserung des Schutzgebietmanagements - Life Web	10.000.000,00
Laos	201166982	41030	Nachhaltiger Waldschutz	6.000.000,00
Laos	201265024	41030	Integrierter Biodiversitätsschutz (Nationalparks und Korridore)	9.500.000,00
Jemen	201365279	43010	SFD X Beschäftigungsförderung	10.000.000,00
FZ mit Regionen - Titel 89601	201236553	43030	Kommunaler Infrastruktur-Fonds (MIDF)	5.000.000,00

Anlage B zu Frage 57
FZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2014

Stand: 17.12.2018

Kambodscha	201366996	43040	Wirtschaftsbezogene Infrastrukturmaßnahmen zur Unterstützung der ländlichen Raumordnung	9.000.000,00
Kongo, Demokratische Republik	201467570	52010	Gezielte Nahrungsmittelhilfe für Flüchtlinge und Opfer von bewaffneten Konflikten aus der ZAR in der Demokratischen Republik Kongo	6.200.000,00
Malawi	201165638	13020	Zentralamerika (CONVIVIR) - Komponente für Guatemala Ergebnisorientierte Finanzierung von Mütter- und Neugeborenenengesundheit II	5.000.000,00
Mali	201366202	31140	Unterstützung des Nationalen Programms zur nachhaltigen Kleinbewässerungslandwirtschaft	4.000.000,00
Mali	201366434	15112	Kommunalentwicklung und Dezentralisierung (PACT IV)	8.000.000,00
Mauretanien	201067230	41030	Schutz der Biodiversität in Küstengebieten	5.000.000,00
MOE/SOE na (nur EL)	200770222	23210	Überregionale Fazilität Erneuerbare Energien und Energieeffizienz SOE - Begleitmaßnahme -	400.000,00
MOE/SOE na (nur EL)	201465251	24030	Europäischer Fonds für Südosteuropa (EFSE) - Erweiterung Ukrainefenster	15.000.000,00
Moldau	201468719	16050	Förderung sozialer Infrastruktur 2. Phase	2.000.000,00
Mosambik	201265271	41030	Beteiligung an der mosambikanischen Stiftung für Naturschutzgebiete und Biodiversität BIOFUND	10.000.000,00
Mosambik	201365634	11220	Bildungs-SWAp ESP-FASE VI	15.000.000,00
Mosambik	201366632	51010	Beteiligung am gemeinschaftlichen Programm für makroökonomische Unterstützung VIII	2.000.000,00
Mosambik	201467257	15112	PRODIA II - Dezentrale Finanzierung von Infrastruktur	22.320.745,51
Myanmar	201367242	21020	Programm ländliche Entwicklung I	5.000.000,00
Myanmar	201370444	21020	Programm ländliche Entwicklung I - BM	2.000.000,00
Myanmar	201467521	11330	Programm Berufliche Bildung / Sinde	4.000.000,00
Naher und Mittlerer Osten na (nur EL)	201467455	72050	Stabilisierung Nachbarländer in der Syrienkrise I	10.000.000,00
Naher und Mittlerer Osten na (nur EL)	201467463	72010	Stabilisierung Nachbarländer in der Syrienkrise II	15.000.000,00
Naher und Mittlerer Osten na (nur EL)	201468297	72010	Stabilisierung Nachbarländer in der Syrienkrise III	15.000.000,00
Naher und Mittlerer Osten na (nur EL)	201468628	43010	Regionalprogramm Palästinensische Flüchtlingslager Nahost (REPAC V)	20.000.000,00

Stand: 17.12.2018

Anlage B zu Frage 57
FZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2014

Naher und Mittlerer Osten na (nur EL)	201468727	72010	Unterstützung von Flüchtlingen im Irak I	8.000.000,00
Naher und Mittlerer Osten na (nur EL)	201468958	72010	Unterstützung von Flüchtlingen im Irak II	7.000.000,00
Namibia	200566554	24030	Eigenkapitalbeteiligung an der Mikrofinanzbank (KfW-Treuhandmittel)	89.669,75
Pakistan	200866509	24040	Mikrofinanzierungsprogramm	6.000.000,00
Pakistan	201367408	13020	Ländliche Familienplanung, Phase III	2.500.000,00
Pakistan	201468800	73010	Deutsche Beteiligung am Garantiefonds für die westlichen Grenzregionen Pakistans Phase II	12.000.000,00
Palästinensische Gebiete	201365717	16020	EGP X Armutorient. Infrastr.	5.000.000,00
Palästinensische Gebiete	201365741	43030	MDLF V (Kommunalentwicklungsprogramm)	8.000.000,00
Ruanda	201366731	15112	Programm zur Unterstützung der Dezentralisierung und guter Regierungsführung-RLDSF III	7.000.000,00
SADC	201166008	41030	Transnationale Naturschutzgebiete Great Limpopo Park IV	5.000.000,00
SADC	201166685	41030	Wildhüterausbildung in der SADC-Region	10.000.000,00
Sambia	201170091	15111	Gemeinschaftliches Programm für makroökonomische Unterstützung III (Begleitmaßnahme zur allgemeinen Budgethilfe: Stärkung guter finanzieller Regierungsführung)	7.000.000,00
Senegal	201367325	43030	Dezentralisierung unter besond. Berücksichtigung der Friedensförderung in der Casamance	6.000.000,00
Südafrika	201067008	15220	Gewaltprävention in städtischen Armenvierteln (VPUU) Western Cape	5.000.000,00
Südafrika	201465111	16040	Energieeffizienter Wohnungsbau - Treuhandbeteiligung: International Housing Solutions	15.000.000,00
Südsudan, Republik	201467547	52010	Unterstützung für Flüchtlinge in Südsudan	10.000.000,00
Tadschikistan	200365999	24030	KfW-Treuhandbeteiligung an der Mikrofinanzbank	973.489,11
Tansania	201266451	41030	Nachhaltiges Management des Selous-Wildschutzgebietes	8.000.000,00
Tunesien	201166883	24030	KKMU-Kreditprogramm zur Beschäftigungsförderung	50.000,00
Uganda	201066026	24040	Programm Entwicklung des Finanzsektors II	9.000.000,00
Uganda	201365782	23210	GeT Fit	15.000.000,00
Ukraine	201465277	24030	Unterstützungsprogramm ukrainische Banken Phase II (Treuhand)	3.832.901,63

Anlage B zu Frage 57
 FZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2014

Stand: 17.12.2018

Vietnam	201166222	31220	Förderung von nachhaltiger Waldwirtschaft und Biodiversität zur Minderung von Treibhausgasen	20.000.000,00
Zentralafrikanische Republik	201467554	52010	Programm Welternährungsprogramm Nothilfeoperation "Saving Lives and Protecting Livelihoods in the Central African Republic"	3.500.000,00
Zentralafrikanische Republik	201468370	15220	EU - Treuhandfonds Békou	5.000.000,00

Gesamtsummen

736.661.338,80

Anlage C zu Frage 61
FZ Projekte mit GG2-Kennung im HHJ 2014

Stand: 17.12.2018

E-Land	BMZ-Nr.	Förderbereich	Vorhabenbezeichnung	FZ-Zusage
Afghanistan	201467661	11220	EQUIP II - Beitrag zum National Basic Education Programme (ARTF) - Tranche 7	20.000.000,00
Guinea	201366905	13020	Förderung der Reproduktiven- und Familiengesundheit in Guinea IV	6.340.019,33
Kamerun	201367036	13030	Privatsektorvorhaben Reproduktive Gesundheit	16.000.000,00
Malawi	201468602	13020	Stärkung von Public Private Partnerships zur Förderung von reproduktiver Gesundheit II	6.500.000,00
Mali	201366269	13040	Förderung der reproduktiven Gesundheit III	2.000.000,00
Niger	201366913	13020	Familienplanung und HIV-AIDS-Prävention V	5.000.000,00

Gesamtsummen

55.840.019,33

Stand: 17.12.2018

Anlage D zu Frage 57
TZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2018

E-Land	BMZ-Nr.	Förderbereich	Vorhabenbezeichnung	Bruttobewilligungen in €
Afrika na (nur EL)	201424571	11110	Sport für Entwicklung in Afrika (Initiative Regionalprogramm "1000 Chancen für Afrika")	8.600.000,00
Benin	201622042	11110	Kapazitätsentwicklung im Bildungssektor	400.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201521632	11110	Sport für Entwicklung	2.000.000,00
Jordanien	201821099	11110	Förderung der Qualität in der inklusiven Bildung	4.000.000,00
Kosovo	201422062	11110	Capacity Development im Grundbildungssektor	2.000.000,00
Mosambik	201820315	11110	Grund- und Berufsbildung	16.000.000,00
Sri Lanka	201520865	11110	Friedensziehung (ESC)	250.000,00
Weltweite Maßnahmen	201820000	11120	Schlüsselqualifikationen für Internationale Zusammenarbeit	14.600.000,00
Jemen	201620541	11220	Programm zur Verbesserung der Bildungsqualität	3.000.000,00
Pakistan	200820795	11220	Sektorprogramm Grundbildung - Nordwestgrenzprovinz	75.377,23
Pakistan	200921734	11220	Förderung der Grundbildung im Punjab	23.253,62
Guatemala	201221332	11320	Bildung für das Leben und die Beschäftigung	24.502,82
Ägypten	201821545	11330	Beschäftigungsförderung	6.000.000,00
Albanien	201620947	11330	Nachhaltige Wirtschafts- und Regionalentwicklung, Beschäftigungsförderung und berufliche Bildung	3.000.000,00
Bosnien und Herzegowina	201822337	11330	Berufliche Bildung und Arbeitsmarkt	2.000.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201722040	11330	Build 4 Skills	3.500.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201820018	11330	Sektorvorhaben Berufliche Bildung	5.300.000,00
Honduras	201120716	11330	Förderung non-formaler Berufsbildung	3.041,96
Indien	201422948	11330	Deutsch-indisches Programm für berufliche Bildung	1.250.000,00
Indonesien	201322429	11330	Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung durch berufliche Bildung (SED-TVET)	4.504,74
Jordanien	201621580	11330	Unterstützung jord. Bildungsanbieter beim Angebot von arbeitsmarktorientierter beruflicher Bildung	4.500.000,00

Stand: 17.12.2018

Anlage D zu Frage 57
TZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2018

Kosovo	201221555	11330	Förderung von Kompetenzzentren im Rahmen der Berufsbildungsreform in Kosovo	8.958,24
Laos	201820901	11330	Berufliche Bildung Laos (VELA)	4.000.000,00
Libanon	201021864	11330	Förderung der beruflichen Bildung und der Entwicklung von KMU	23.804,91
Mongolei	201522259	11330	Kooperative Berufsbildung im Rohstoffsektor	500.000,00
Mongolei	201821206	11330	Kooperative Berufsbildung	5.000.000,00
Myanmar	201621333	11330	Förderung der Beruflichen Bildung	200.000,00
Naher und Mittlerer Osten na (nur EL)	201324763	11330	Arabisch-Deutsches Technisches Wörterbuch	23.904,75
Nigeria	201820224	11330	Förderung bedarfsgerechter beruflicher Qualifizierung und Jugendbeschäftigung	8.000.000,00
Somalia	201621044	11330	Förderung von Beruflicher Bildung Phase II	7.000.000,00
Südafrika	201821321	11330	Beschäftigungsperspektive in der digitalen Welt	9.600.000,00
Togo	201621002	11330	Berufliche Bildung und Jugendbeschäftigung III	5.500.000,00
Vietnam	201520527	11330	Programm Reform der Berufsbildung	250.000,00
AU	201620640	11420	Pan-afrikanische Universität (PAU) II	6.000.000,00
Mongolei	201620061	11420	Deutsch-Mongolische Hochschule für Rohstoffe und Technologie	200.000,00
Mongolei	201821164	11420	Deutsch-Mongolische Hochschule für Rohstoffe und Technologie	3.500.000,00
Afrika na (nur EL)	201820612	11430	Unterstützung des Kofi Annan International Peace Keeping Training Centre (KA IPTC)	3.000.000,00
EH Entw. Helfer – HCD Human Cap. Dev. – IF Integr. Fachkr.	201220045	11430	Regionale Maßnahmen - Asien und Ozeanien	30.000,00
Fondo Indígena (FI)	201122449	11430	Indigene Interkulturelle Universität	7.479,95
ECOWAS	201425107	12110	Unterstützung der Pandemieprävention in der ECOWAS Region	5.000.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201221266	12110	Providing for Health	28.322,78
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201520329	12110	Deutsche BACKUP Initiative: Programm zur Unterstützung von PL im Umgang mit globaler Finanzierung im Gesundheitssektor	12.000.000,00
Kenia	201321470	12110	Entwicklung des Gesundheitssektors	7.917,48

Stand: 17.12.2018

Anlage D zu Frage 57
TZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2018

Nepal	201421346	12110	Unterstützung des Gesundheitssektorprogramms - S2HSP	3.650.000,00
Afrika na (nur EL)	201820158	12181	ESTHER Hochschul- und Klinikpartnerschaften	4.500.000,00
Jemen	201821370	12220	Gesundheitssystemstärkung mit Schwerpunkt Mutter- und Kindgesundheit und Familienplanung	2.600.000,00
Malawi	201521442	12240	Ernährung und Zugang zu Grundbildung	1.000.000,00
SEAMEO (Southeast-Asian Ministers of Education Organization)	201820588	12261	Regionales Programm für Gesundheitsbildung "Fit for School"	2.000.000,00
IZ mit Regionen - Titel 89606	201562594	13010	Globale Allianzen für das Kairoer Aktionsprogramm	350.000,00
Afrika na (nur EL)	201424654	13020	Regionalvorhaben zur Umsetzung der ESA-Verpflichtung: Verbesserung von sexueller und reproduktiver Gesundheit und HIV-Prävention unter jungen Menschen im östlichen und südlichen Afrika	200.000,00
Burundi	201820489	13020	Stärkung der Gesundheitsstrukturen im Bereich Familienplanung und sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR)	6.000.000,00
Kamerun	201321405	13020	Gesundheitsprogramm/Kampf gegen die Müttersterblichkeit	29.555,84
Kamerun	201620319	13020	Gesundheitsprogramm/Kampf gegen die Müttersterblichkeit	400.000,00
Mosambik	201422591	13040	Unterstützung der institutionellen Entwicklung des nationalen AIDS-Rates auf Provinzebene	20.727,75
Sambia	201420785	13040	Multisektorales HIV-Programm	300.000,00
Sambia	201821644	13040	Mädchenrechte stärken! Reproduktive Gesundheit, Familienplanung und HIV-Prävention für Schülerinnen in Sambia	3.500.000,00
Südafrika	201821305	13040	Multisektorale HIV / AIDS Prävention MHIVP	3.000.000,00
Ägypten	201821578	14010	Programm Wasserversorgung und Abwassermanagement	5.000.000,00
Benin	201621986	14010	Programm Wasser und Sanitärversorgung	370.000,00
CICOS	201224559	14010	Unterstützung der Kongobeckenkommission CICOS bei der Regulierung der Flussschifffahrt und dem Management der grenzüberschreitenden Wasserressourcen	19.409,59
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201720275	14010	Nachhaltige Wasserpolitik	2.300.000,00

Stand: 17.12.2018

Anlage D zu Frage 57
TZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2018

Kongo, Demokratische Republik	201521368	14010	Sektorprogramm Wasser/Abwasser (PROSECO) - Unterstützung der Wassersektorreform (RESE)	530.000,00
Kongo, Demokratische Republik	201820448	14010	Breitenwirksame Trinkwasser- und Sanitärversorgung	8.500.000,00
Marokko	201620574	14010	Integriertes Wasserressourcenmanagement	1.000.000,00
Marokko	201821156	14010	Armutorientiertes Wassermanagement zur Stärkung der Resilienz im ländlichen Raum	3.000.000,00
Sambia	201820976	14010	Programm für die Reform des Wassersektors II	6.000.000,00
Sambia	201820992	14010	Nachhaltige Bewirtschaftung von Wasserressourcen und landwirtschaftliche Wassernutzung	2.700.000,00
Uganda	201621119	14010	Stärkung ressourcenschonender Wasser- und Sanitärversorgung	1.200.000,00
Afrika na (nur EL)	201720911	14015	NatuReS: Natural Resources Stewardship Programme	1.500.000,00
Burundi	201820497	14015	Management und Schutz von Grundwasserressourcen	2.000.000,00
Burundi	201820547	14015	Nachhaltiges Wasser- und Bodenmanagement zur Ernährungssicherung in katrophengefährdeten Gebieten	5.000.000,00
Burkina Faso	201120492	14030	Trinkwasser und Sanitärprogramm in kleineren und mittleren Städten	24.209,34
Burkina Faso	201420140	14030	Trinkwasser und Sanitärprogramm in Boucle du Mouhoun, Hauts Bassins und Süd-West	300.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201520493	14032	Sektorvorhaben Nachhaltige Sanitärversorgung	450.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201820414	14032	Sektorvorhaben Nachhaltige Sanitärversorgung	7.000.000,00
Indien	201424852	14040	Sanierung des Flusses Ganges	250.000,00
Mekong River Commission	201821172	14040	Grenzüberschreitende Wasserkooperation im Unteren Mekong-Einzugsgebiet	4.000.000,00
SADC	201821941	14040	Grenzüberschreitendes Wassermanagement in der SADC-Region	4.000.000,00
Ägypten	201821586	14050	Nationales Abfallwirtschaftsprogramm	6.000.000,00
Ghana	201822360	14050	Umweltgerechte Entsorgung und Recycling von Elektroschrott	5.000.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201621564	14050	Konzepte nachhaltiger Abfall- und Kreislaufwirtschaft	6.000.000,00

Stand: 17.12.2018

Anlage D zu Frage 57
TZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2018

Afghanistan	201820117	15110	Förderung Guter Regierungsführung im Rohstoffsektor Afghanistans II	3.700.000,00
Afghanistan	201820125	15110	Offener Politikberatungsfonds	4.000.000,00
Afrika na (nur EL)	201720325	15110	Beratung der Union für den Mittelmeerraum (UfM) zu Beschäftigung und Handel	3.000.000,00
Bosnien und Herzegowina	201322544	15110	Stärkung öffentlicher Institutionen	25.709,99
Bosnien und Herzegowina	201621739	15110	Stärkung öffentlicher Institutionen	1.500.000,00
Ecuador	201822139	15110	Innovationsfonds II	2.000.000,00
Fragile Staaten Westafrika	201820042	15110	Regionale Rohstoffgovernance in fragilen Staaten Westafrikas	7.800.000,00
Indonesien	201321207	15110	Transformation der Administration, Stärkung von Innovation (TransformASI)	6.297,28
Irak	201720291	15110	Privatwirtschaftsentwicklung und Beschäftigungsförderung/Entwicklungsorientierte (Re-) Integration der irakischen Jugend	6.000.000,00
IZ mit Regionen - Titel 89606	201662501	15110	Emerging Market Sustainability Dialogues (EMSD)	500.000,00
Mexiko	201622349	15110	Weiterentwicklung einer mexikanischen Nachhaltigkeitsarchitektur zur Umsetzung der Agenda 2030	1.250.000,00
Mongolei	201622091	15110	Integrierte Mineralische Rohstoffinitiative	300.000,00
Peru	201421742	15110	Bürgerorientierte Staatsreform	7.000.000,00
SADC	201122407	15110	Stärkung der Reformagenda und Managementstrukturen von SADC-Institutionen	16.511,47
SADC	201520782	15110	Stärkung der Nationalen-Regionalen Kooperationsbeziehungen in SADC	410.000,00
Südafrika	201420827	15110	Gewaltpräventionsprogramm	1.000.000,00
Südafrika	201621788	15110	Programm zur Unterstützung der Regierungsführung - GSP II	4.000.000,00
Südafrika	201820760	15110	Inklusive Gewaltprävention in Südafrika - VCP III	3.000.000,00
Afrika na (nur EL)	201720887	15111	Good Financial Governance (GFG) – Phase II	17.500.000,00
Kongo, Demokratische Republik	201521350	15111	Unterstützung guter Regierungsführung im Bergbausektor	600.000,00
Kosovo	201821842	15111	Reform der öffentlichen Finanzsysteme Phase III	2.000.000,00
Burkina Faso	201721034	15112	Programm Dezentralisierung/Kommunalentwicklung	1.700.000,00
Burundi	201622521	15112	Unterstützung der Dezentralisierung und Armutsbekämpfung/ADLP III	250.000,00

Stand: 17.12.2018

Anlage D zu Frage 57
TZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2018

Kambodscha	200721464	15112	Unterstützung der Verwaltungsreform und Dezentralisierung III (ARDP)	15.185,44
Kambodscha	201120815	15112	Dezentralisierung und Verwaltungsreform	30.000,00
Kamerun	201620269	15112	Unterstützung der Kommunalentwicklung	640.000,00
Mali	200920892	15112	Programm Kommunalförderung	46.579,54
Mosambik	201020015	15112	Programm Dezentralisierung (PPFD)	58.429,02
Mosambik	201820273	15112	Gute finanzielle Regierungsführung	9.200.000,00
Nepal	201425156	15112	Stärkung von Lokalverwaltungen	500.000,00
Nepal	201820638	15112	Stärkung der dezentralen Regierungsstrukturen	4.600.000,00
Niger	201324672	15112	Programm Unterstützung der Dezentralisierung und guten Regierungsführung	700.000,00
Niger	201621390	15112	Management der Migrationsherausforderungen in Niger	10.000.000,00
Sambia	201420744	15112	Programm zur Unterstützung des sambischen Dezentralisierungsprozesses	480.000,00
Togo	201620988	15112	Gute Regierungsführung und Dezentralisierung III	5.500.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201620111	15113	Sektorvorhaben Antikorruption und Integrität	150.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201821263	15113	Sektorvorhaben Antikorruption und Integrität	9.700.000,00
IZ mit Regionen - Titel 89606	201862531	15113	Allianz für Integrität (Afln)	5.000.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201620145	15114	Gute Regierungsführung im Bereich öffentlicher Finanzen	3.700.000,00
Mauretanien	201720176	15114	Stärkung der Dezentralisierung und der öffentlichen Finanzen	4.300.000,00
Afrika na (nur EL)	201721935	15130	Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Justiz	4.900.000,00
China (VR)	201821727	15130	Deutsch-Chinesisches Programm Rechtskooperation	5.400.000,00
Guatemala	201522002	15130	Stärkung der Internationalen Kommission gegen Straffreiheit in Guatemala (CICIG)	1.500.000,00
Kosovo	201821859	15130	Reform in Justiz und Verwaltung	2.000.000,00
MOE/SOE na (nur EL)	201822238	15130	Offener Regionalfonds - Rechtsreform	3.000.000,00
Ecuador	201822121	15150	Programm zur Korruptionsbekämpfung, für Transparenz und Stärkung der	6.000.000,00
Guatemala	201224633	15150	Struktur- und Ordnungspolitischer Fonds	2.000.000,00

Stand: 17.12.2018

Anlage D zu Frage 57
TZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2018

Honduras	201321082	15150	Ordnungs- und strukturpolitischer Fonds	2.000.000,00
Laos	201620103	15150	Bürgerengagement für gute Regierungsführung, Rechenschaftspflicht und Rechtsstaat	1.000.000,00
Naher und Mittlerer Osten na (nur EL)	201620046	15150	Förderung der Zivilgesellschaft	500.000,00
Pakistan	201122647	15150	Fata-Entwicklungsprogramm	2.293,65
Sambia	201420777	15150	Politische Teilhabe von Zivilgesellschaft in Governance-Reformen und Armutsbekämpfung	1.000.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201720119	15160	Menschenrechte umsetzen in der Entwicklungszusammenarbeit	1.450.000,00
Uganda	201622265	15160	Stärkung von Regierungsführung und Zivilgesellschaft	8.500.000,00
AU	201820166	15220	Unterstützung der Afrikanischen Union im Bereich Frieden und Sicherheit (APSA) Phase III	6.000.000,00
AU	201820174	15220	Förderung der Afrikanischen Union im Bereich Frieden und Sicherheit (IPSS) Phase III	6.000.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201720697	15220	Sektorprogramm "Frieden und Sicherheit Katastrophenrisikomanagement"	500.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201820026	15220	Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)	2.500.000,00
Guatemala	201822444	15220	Stärkung integraler Bürgersicherheit und gesellschaftlicher Konfliktbearbeitung	5.000.000,00
Jemen	201521525	15220	Friedensförderung	2.500.000,00
Kongo, Demokratische Republik	201721729	15220	Förderung von Frieden und Stabilität im Ost-Kongo	5.000.000,00
Naher und Mittlerer Osten na (nur EL)	201820398	15220	Stärkung der Einflussnahme palästinensischer Flüchtlinge auf ihre Lebensbedingungen (PART)	11.000.000,00
Naher und Mittlerer Osten na (nur EL)	201820430	15220	Sicherung von Ansprüchen von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen an Wohnraum, Land und Eigentum in Syrien	6.000.000,00
SADC	201424548	15230	Unterstützung von Frieden, Sicherheit und Good Governance in der SADC-Region	2.750.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201720457	16010	Soziale Sicherung	500.000,00
Indien	201321116	16010	Deutsch-Indisches Programm soziale Sicherung	1.250.000,00
IZ mit Regionen - Titel 89606	201862549	16010	Globale Allianzen für Soziale Sicherung II	7.900.000,00

Stand: 17.12.2018

Anlage D zu Frage 57
TZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2018

Jordanien	201821081	16010	Umweltgovernance in Politik und Praxis	2.800.000,00
Kambodscha	201520931	16010	Targeting - Identifizierung armer Haushalte	700.000,00
Afrika na (nur EL)	201224880	16020	Offener Regionalfonds Qualifizierung und Beschäftigung II im Maghreb	2.000.000,00
Afrika na (nur EL)	201821230	16020	Unterstützung regulärer Arbeitsmigration und -mobilität zwischen Nordafrika und Europa	5.000.000,00
Äthiopien	201821743	16020	Jobpartnerschaft und Mittelstandsförderung mit Äthiopien	15.000.000,00
IZ mit Regionen - Titel 89606	201862556	16020	Globale Initiative zur Vorbereitung von innovativen Arbeitsmarktdienstleistungen für Jugendliche (You Match II)	4.500.000,00
Kosovo	201622240	16020	Jugend, Beschäftigung und Ausbildung	3.000.000,00
Tadschikistan	201821453	16020	Verbesserung der Beschäftigungs- und Einkommenssituation für tadschikische Arbeitsmigranten	4.000.000,00
Kosovo	201224690	16061	Jugendbegegnungsstätte Mitrovica	23.298,12
Liberia	201225390	21010	Aus- und Aufbau von Kapazitäten im Verkehrssektor II	500.000,00
Afghanistan	201820083	22010	Monitoring, Evaluation und Kommunikation II	2.400.000,00
Brasilien	201521269	23110	Energiesysteme der Zukunft	400.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201422757	23110	Globales Programm Energising Development	11.570.000,00
Indien	200821447	23110	Deutsch-Indisches Energieprogramm	24.219,13
Mongolei	201821198	23183	Energieeffiziente Gebäudesanierung in der Mongolei	4.000.000,00
Südafrika	201821016	23183	Verbesserung der Netz- und Systemintegration variabler erneuerbarer Energien	7.000.000,00
Ukraine	201622034	23183	Energieeffizienz in Kommunen II	2.275.000,00
Bangladesch	201820679	23210	Programm zur Politikberatung zur Förderung von Energieeffizienz und erneuerbarer Energie	5.000.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201821768	23210	Grüne Bürgerenergie	19.400.000,00
Indien	201421148	23210	Deutsch-Indisches Energieprogramm im ländlichen Raum	120.000,00
Madagaskar	201422815	23210	Förderung der ländlichen Elektrifizierung durch erneuerbare Energien	4.100.000,00
Nepal	201421387	23210	Erneuerbare Energien im ländlichen Raum	300.000,00
Nepal	201820653	23210	Erneuerbare Energien im ländlichen Raum	3.000.000,00

Stand: 17.12.2018

Anlage D zu Frage 57
TZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2018

Uganda	201620459	23210	Förderung von Inselnetzen zur ländlichen Elektrifizierung	1.500.000,00
Uganda	201822147	23210	Förderung von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz	6.700.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201022417	24010	Globale Initiative für den Zugang zu Versicherungen	28.918,16
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201820281	24010	Globale Initiative für den Zugang zu Versicherungen	4.200.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201820331	24010	Sektorvorhaben Innovative Ansätze der Finanzsystementwicklung (FSE)	3.600.000,00
Kongo, Demokratische Republik	201420157	24010	Programm zur Förderung der Finanzsystementwicklung	200.000,00
Ghana	201822410	24040	Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung	14.000.000,00
Laos	201820950	24040	Förderung von Mikrofinanzdienstleistungen im Ländlichen Raum "Access to Finance for the Poor"	2.000.000,00
Afrika na (nur EL)	201822014	24050	Beschäftigungsförderung im informellen Sektor in Afrika durch die Hebelung von Diaspora Geldtransfers	13.000.000,00
Afghanistan	201720689	25010	Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigungsförderung	12.900.000,00
Afrika na (nur EL)	201622315	25010	Tech-Entrepreneurship Initiative Make-IT Afrika	7.000.000,00
Ägypten	201821552	25010	Privatsektorförderung und Innovation	6.000.000,00
ASEAN	201721315	25010	Förderung von nachhaltigen Agrar-Wertschöpfungsketten in ASEAN	2.000.000,00
Asien na (nur EL)	201820562	25010	Förderung von Nachhaltigkeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie in Asien	6.000.000,00
Bangladesch	201621408	25010	Förderung von Sozial- und Umweltstandards in der Industrie	300.000,00
Bangladesch	201820737	25010	Programm "Nachhaltigkeit in der Textil- und Lederindustrie" (NTL)	7.500.000,00
Indonesien	201321223	25010	Programm für Nachhaltiges Regionales Wirtschaftswachstum und Investitionen (SREGIP)	27.299,73
Kosovo	201622067	25010	Arbeitsplätze durch Exportförderung	4.000.000,00
Malawi	201422997	25010	Mehr Beschäftigung und Einkommen im ländlichen Raum entlang von ausgewählten Wertschöpfungsketten	300.000,00
Marokko	201420215	25010	Förderung von Klein-, Kleinen und Mittelständischen Unternehmen	5.000.000,00

Stand: 17.12.2018

Anlage D zu Frage 57
TZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2018

Marokko	201821602	25010	Jobpartnerschaft und Mittelstandsförderung mit Marokko	15.000.000,00
Mosambik	201621325	25010	Verbesserung der Rahmenbedingungen im Privat- und Finanzsektor	4.500.000,00
Myanmar	201621341	25010	Kapazitätsstärkung des Privatsektors	250.000,00
Nigeria	201621200	25010	Breitenwirksame Wachstums- und Beschäftigungsförderung, Phase III	8.000.000,00
Philippinen	201224526	25010	Förderung grüner Wirtschaftsentwicklung	11.532,09
Tadschikistan	201821461	25010	Förderung breitenwirksamen Wirtschaftswachstums (Trigger)	5.000.000,00
Tunesien	201821685	25010	Jobpartnerschaft und Mittelstandsförderung mit Tunesien	15.000.000,00
Usbekistan	201322064	25010	Schwerpunktprogramm Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung; Komponente Wirtschaftsförderung in Regionen Usbekistans	3.000.000,00
Ghana	201822402	31110	Programm zur Förderung marktorientierter Landwirtschaft	6.000.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201820372	31110	Sektorvorhaben Agrarhandel, Agrarwirtschaftsförderung, Agrarfinanzierung	5.000.000,00
Madagaskar	201621184	31110	Anpassung landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten an den Klimawandel	2.500.000,00
Tunesien	201424951	31110	Förderung von nachhaltiger Landwirtschaft und ländlicher Entwicklung	1.000.000,00
Afrika na (nur EL)	200922062	31120	Verbesserung der Lebensbedingungen von Kakao-Kleinbauern in Westafrika	343.040,36
Afrika na (nur EL)	201220276	31120	Förderung der Baumwollwirtschaft in Sub-Sahara Afrika	500.000,00
Afrika na (nur EL)	201422583	31120	Nachhaltige kleinbäuerliche Kakao- und Nahrungswirtschaft West- und Zentralafrika	900.000,00
IZ mit Regionen - Titel 89606	201862515	31120	Energie in der Landwirtschaft	3.260.000,00
Naher und Mittlerer Osten na (nur EL)	201621770	31120	Initiative Ländliche Rehabilitierung	6.000.000,00
Niger	201420694	31120	Programm ländliche Entwicklung und produktive Landwirtschaft - Förderung der produktiven Landwirtschaft (PROMAP)	750.000,00
Togo	201620996	31120	Ländliche Entwicklung einschließlich Landwirtschaft III	5.500.000,00
Afrika na (nur EL)	201324508	31161	Förderung der afrikanischen Reis-Wertschöpfungskette	100.000,00
Afrika na (nur EL)	201721158	31161	Förderung der afrikanischen Reis-Wertschöpfungskette (CARI)	2.100.000,00

Stand: 17.12.2018

Anlage D zu Frage 57
TZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2018

MOE/SOE na (nur EL)	201322833	31161	GVO-freie Qualitäts-Soja aus der Donauregion	19.140,53
IZ mit Regionen - Titel 89606	201562545	31165	Global Partnership on Drug Policies and Development (GPDPPD)	150.000,00
Nepal	201820646	31194	Wirtschaftsentwicklung auf Gemeinde- und Provinzebene in Nepal (LPED)	6.000.000,00
Kamerun	201321413	31210	Programm zur Unterstützung der Komponenten Wald und Umwelt (PFE)	2.000.000,00
Laos	201221621	31210	Programm Klimaschutz durch Walderhalt (CLIPAD) Phase II	17.570,48
Laos	201820927	31210	Programm Klimaschutz durch Walderhalt (CLIPAD)	2.000.000,00
Laos	201820935	31210	Schutz und Nachhaltige Nutzung von Waldökosystemen und Biodiversität	4.500.000,00
Afghanistan	201820877	31220	Wiederherstellung von Waldlandschaften in Afghanistan	2.500.000,00
Naher und Mittlerer Osten na (nur EL)	201120922	32110	Offener Beratungsfonds nachhaltige Wirtschaftsentwicklung Irak	18.375,53
Vietnam	201322148	32120	Programm makroökonomische Reformen/Umwelt- und Sozialverträgliches Wachstum	180.000,00
Bosnien und Herzegowina	201822329	32130	Innovationsförderung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Privatwirtschaft	2.500.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201820356	32210	Rohstoffe und Entwicklung II - GIZ-Modul	6.000.000,00
Laos	201820968	32210	Unterstützung zur Verbesserung der Arbeitssicherheit und des Umweltschutzes im Bergbau, Laos	1.500.000,00
Mauretanien	201820828	32210	Integrierte wirtschaftliche Entwicklung im Rohstoffsektor	2.000.000,00
AU	201820208	33110	Programm zur Unterstützung der afrikanischen Infrastrukturentwicklung (PIDA)	7.000.000,00
Ukraine	201821974	33110	Nutzung und Umsetzung des Freihandelsabkommens mit der EU	3.000.000,00
EAC	201821289	33130	Unterstützung des EAC-Integrationsprozesses	9.500.000,00
Laos	201621945	33130	Regionale Wirtschaftsintegration von Laos in ASEAN, Handel und Unternehmensförderung	2.000.000,00
Albanien	201620954	41010	Verbraucher- und leistungsorientierte Wasser- und Abwasserentsorgung	3.000.000,00

Stand: 17.12.2018

Anlage D zu Frage 57
TZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2018

Amerika na (nur EL)	201722016	41010	Deutscher Beitrag zum EU-Programm Klima in Lateinamerika, EUROCLIMA+	2.000.000,00
Brasilien	201521319	41010	Grüne Märkte und nachhaltiger Konsum	230.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201420017	41010	SV Klima	250.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201620210	41010	Deutscher TZ-Beitrag zur Umsetzung der InsuResilience Globalen Partnerschaft (Klimarisikoversicherung)	1.600.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201820380	41010	Umweltpolitik und nachhaltige Entwicklung (Rioplus)	3.600.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201821057	41010	SV Klima	13.000.000,00
Indien	200621599	41010	Umweltmanagement-Beratung (ASEM), Phase 2	96.891,08
Indien	201820745	41010	Nachhaltige Industrielle Produktion II	2.200.000,00
IZ mit Regionen - Titel 89606	201762541	41010	NDC Assist - ein Beitrag zur NDC Partnerschaft	720.000,00
Madagaskar	201422807	41010	Programm Schutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen	2.500.000,00
Marokko	201221738	41010	Umweltprogramm	23.918,31
Marokko	201420207	41010	Umwelt- und Klimagovernance	600.000,00
Mauretanien	201720184	41010	Partizipatives Management von Meeres-, Küsten- und Landressourcen	500.000,00
Secretariate of the Pacific Community (SPC)	201621291	41010	Klimawandel in der pazifischen Inselregion II	400.000,00
Amerika na (nur EL)	201320365	41020	Erhöhung der Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme in grenznahen Biosphärenreservaten in der Republik Haiti und der Dominikanischen Republik	4.000.000,00
Afrika na (nur EL)	201822352	41030	Bioinnovation Afrika für gerechten Vorteilsausgleich	9.000.000,00
Bangladesch	201820711	41030	Förderung des Managements der Sunderbans-Mangrovenwälder in Bangladesch (SMP II)	4.000.000,00
COMIFAC	201324664	41030	Programm Nachhaltige Waldbewirtschaftung im Kongobecken-Regionale Unterstützung der COMIFAC	150.000,00
Cote d'Ivoire	200924688	41030	Ländliche Wirtschaftsentwicklung und Biodiversität	11.019,78
Ecuador	201822097	41030	Schutz und nachhaltiges Management von Ökosystemen in den Anden	6.000.000,00

Stand: 17.12.2018

Anlage D zu Frage 57
TZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2018

Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201520147	41030	Umsetzung des Nagoya-Protokolls der Biodiversitätskonvention (ABS-Initiative)	2.400.000,00
Indien	201620780	41030	Erhalt Biodiversität - Minderung von Mensch-Wildtier-Konflikten	500.000,00
Kaukasus na (nur EL)	201521012	41030	Integriertes Biodiversitätsmanagement	1.500.000,00
Kaukasus na (nur EL)	201820620	41030	Management natürlicher Ressourcen und Erhalt von Ökosystemdienstleistungen für nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum im Südkaukasus (ECOServe)	13.100.000,00
Mongolei	201421296	41030	Biodiversität und Anpassung von bewaldeten Schlüsselökosystemen an den Klimawandel	250.000,00
Mongolei	201821180	41030	Unterstützung von Schutzgebieten als Beitrag zum Erhalt von Ökosystemleistungen	4.000.000,00
SG-SICA	201225168	41030	Aufbau der Biodiversity Partnership Mesoamerica	300.000,00
Amerika na (nur EL)	201521210	43010	Regionaler Fonds für Dreieckskooperationen	3.000.000,00
Amerika na (nur EL)	201535012	43010	Studien- und Fachkräftefonds	1.250.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201521665	43010	Sektorvorhaben 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung	300.000,00
Guatemala	201235035	43010	Studien- und Fachkräftefonds	1.000.000,00
IZ mit Regionen - Titel 89606	201862507	43010	Innovationswerkstatt II	3.500.000,00
Jemen	201721372	43010	Sicherheitsrisiko-Management	2.000.000,00
Migration und Entwicklung	201520113	43010	Migration für Entwicklung II	55.000.000,00
MOE/SOE na (nur EL)	200735035	43010	Studien- und Fachkräftefonds	1.250.000,00
Sonstige	201820075	43010	EZ-Traineeprogramm 2018 - 2020	1.700.000,00
Tadschikistan	200135137	43010	Studien- u. Fachkräftefonds	2.000.000,00
Weltweite Maßnahmen	201522317	43010	SOB/ Governance Fonds	1.000.000,00
Afrika na (nur EL)	201620673	43030	Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland	2.000.000,00
Bangladesch	201820661	43030	Klimaresiliente und Integrative Stadtentwicklung (CRISC)	5.000.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201820471	43030	Integrierte Umsetzung der Agenda 2030 in Städten und Stadtregionen	3.000.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201821024	43030	Cities Finance Facility (CFF)	3.500.000,00
Indien	201620772	43030	Programm Nachhaltige Stadtentwicklung - Smart Cities	2.250.000,00
Kosovo	201622216	43030	Aufbau nachhaltiger lokaler Dienstleistungen	4.000.000,00

Stand: 17.12.2018

Anlage D zu Frage 57
TZ Projekte mit GG1-Kennung im HHJ 2018

Kosovo	201822394	43030	Stärkung von Raumplanung und Landmanagement	2.000.000,00
Albanien	201721927	43040	Nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums	8.000.000,00
Asien na (nur EL)	201822071	43040	Verbesserung des Landmanagements in der Mekong Region	3.000.000,00
Brasilien	201324532	43040	Bodenrecht in Amazonien - Terra Legal	12.273,31
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201620392	43040	Sekretariat der Global Donor Plattform for Rural Development	300.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201722073	43040	Sektorvorhaben Landgovernance	1.750.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201820265	43040	Sektorvorhaben Zukunftsfähige Ländliche Räume	5.900.000,00
Guatemala	201822436	43040	Ländliche Entwicklung und Anpassung an den Klimawandel	5.000.000,00
Honduras	201821594	43040	Nachhaltiges Ressourcenmanagement im Fokus des Klimawandels	5.000.000,00
Indien	201422963	43040	Deutsch-indisches Programm Umweltpolitik im ländlichen Raum (IGEB-RA)	700.000,00
Indien	201820521	43040	Wassersicherheit und Klimaanpassung im ländlichen Indien	5.000.000,00
Laos	201820919	43040	Landmanagement und Dezentrale Planung	3.000.000,00
MOE/SOE na (nur EL)	201820802	43040	Förderung der wirtschaftlichen Diversifizierung in ländlichen Gebieten Südosteuropas (SEDRA)	4.000.000,00
Uganda	201621150	43040	Stärkung ländlicher Entwicklung in Norduganda	10.000.000,00
Zentralasien na (nur EL)	201821347	43060	Anpassung an den Klimawandel und nachhaltige ländliche Entwicklung durch resiliente Landnutzung und Katastrophenvorsorge in Tadschikistan und Kirgisistan	4.000.000,00
Naher und Mittlerer Osten na (nur EL)	201620277	73010	Stärkung der Resilienz in flüchtlingsaufnehmenden Nachbarländern in der Syrienkrise (Kofi MADAD)	3.000.000,00
IZ mit Regionen - Titel 89606	201862523	74010	Globale Initiative Katastrophenrisikomanagement - GIKRM	5.000.000,00
Afghanistan	201620038	99820	Provinzberater Nordafghanistan	1.100.000,00

Gesamtsummen in €

1.027.848.474,00

Anlage E zu Frage 61
TZ Projekte mit GG2-Kennung im HHJ 2014

Stand: 17.12.2018

E-Land	BMZ-Nr.	Förderbereich	Vorhabenbezeichnung	Brutto-bewilligungen in €
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201221100	13020	Bevölkerungsdynamik, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte	310.444,39
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201520253	13020	Bevölkerungsdynamik, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte	189.555,61
Kambodscha	201424738	13020	Verbesserung der Mütter- und Neugeborenenversorgung	5.000.000,00
Somalia	201522325	13020	Förderung der Mutter-Kind-Gesundheit und verbesserter Ernährung in Somalia	5.000.000,00
Burkina Faso	201420132	15160	Programm PRO Enfant - Kinderrechte	4.000.000,00
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201221290	15160	Sektorvorhaben weibliche Genitalverstümmelung - FGM	500.000,00
Ägypten	201421817	15170	Jugend gegen sexuelle Belästigung	2.000.000,00
Amerika na (nur EL)	201320357	15170	Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Lateinamerika	2.500.000,00
Bangladesch	200022178	15170	FOERDERUNG DER GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MAENNERN	98.046,87
Globale Vorhaben einschl. Konventions- und Sektorvorhaben	201225093	15170	Förderung von Gleichberechtigung der Geschlechter und Frauenrechten	0

Gesamtsummen in €

19.598.046,87

